

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Donnerstag, 21. April 1927.

Nr. 92.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganjährlig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (10)

Abdankung der christlichen Arbeiter.

Fast jede der bürgerlichen Parteien hat sich aus Konkurrenzrücksichten gegen die Sozialdemokratie eine eigene „Arbeiterorganisation“ als Anhängel angegliedert. Wählerstimmen aus dem anderen Klassenlager kann man immer brauchen, legen sich die bürgerlichen Parteien; denn wären diese nur auf die Stimmen jener Schicht angewiesen, deren Interessen sie wirklich vertreten, so würden sie auf ein kleines Häuflein zusammenschrumpfen. Imponierend sind die Akquisitionen gerade nicht, welche die bürgerlichen Verbände unter den proletarischen Massen machen, denn das Großteil dieser Massen steht denkend und klaffenbewußt im sozialistischen Lager und man muß schon, um den Mißbrauch nicht zu merken, den das Bürgertum mit diesen ihren Statisten treibt, sich die Nase zuzhalten, die Augen verkleben und die Ohren verstopfen haben. Die von den bürgerlichen Parteien Eingefangenen rekrutieren sich daher nur aus den noch ganz Indifferenten, die, wie Hasen verwirrt, zwischen den Klassenfronten der Arbeiter und der Kapitalisten hin und her laufen, und schließlich aus ein paar Streibern, die durch ihre Judasdienste für den Klassenfeind persönliche Vorteile erlangt haben oder sie zu erlangen hoffen.

Einen besonderen Wert auf die Gefolgschaft von Arbeitern legt die deutsche christlich-sozialistische Partei. Sie behauptet, die Kunst zu verstehen, alle Klassen und Stände zu vertreten, und sichert auch den Armen und Ausgebeuteten ein warmes Pfälchen unter ihren schwarzen Fittichen zu. Früher war es noch leichter, die christlichen Arbeiter mit dem Hinweis auf die sozialistische Interessensolidarität, die sie angeblich mit den christlichen Ausbeutern verbindet, zu fesseln, denn die Armen im Geiste konnten leicht mit dem Hinweis getäuscht werden, es werde für ihr diesseitiges Wohl sofort gesorgt werden, wenn erst einmal der christliche Sozialismus die Mitregierung im Staate angetreten haben werde. Seitdem die Christlichsozialen, mit Mayr-Garing an der Spitze, nach eigener Behauptung am Steueruder des Staates sitzen, muß es aber eine wahre Saurarbeit sein, die christlichen Arbeiterchefschen in der Hürde zu erhalten, denn alles was der Regierungstätigkeit der Christlichsozialen zu danken ist, richtet keine Spitze in schärfster Weise gegen die proletarischen Massen. Beschränktheit ist schließlich auch kein unheilbar wirkendes Ammunistierungsmittel und so drohte die Gefahr, daß die christlichen Arbeiter, deren Partei auch ihnen das Brot und Leben verteuert, ihre sozialen Rechte rauben will, löpfigen werden und aus dem Herkulen Stall davonrennen.

Um die christlichen Arbeiter zu beruhigen, mußte einer der christlichen „Arbeiterführer“, der Abgeordnete J. Greif, mit einem Osterartikel ausrücken, den er „Eine Osterhoffnung der Arbeiter“ überschreibt und den die „Deutsche Presse“ freilich erst am Dienstag nach Ostern abzubringen für wert findet. Wahrscheinlich denkt sie, daß die Hoffnungen der christlichen Arbeiter noch immer zu früh kommen. Die Osterpostel des Abgeordneten Greif ist sicher eine der ärgsten Zeitbeutereien, die jemals auf dem Felde Herkulen Geisteskultur emporgeschossen sind, aber eben darum soll das Produkt nicht uniergehen, denn es zeigt, was alles zu glauben man die „christlich“ organisierten Arbeiter für fähig hält. Denelben blinden Glauben, der nicht denkt und fragt, den die Kirche auf religiösem Gebiete verlangt, fordern ihre Parteien auch in der Politik. Was Herr Greif den von ihm geführten christlichen Arbeitern zu sagen hat, das ist nicht weniger als dies: Ihr habt auf jede Rücksichtnahme gegenüber Eueren Interessen zu verzichten, Ihr müßet der Fußschemel sein, auf dem die anderen, das sind die besitzenden Klassen, emporsteigen, das sei Euer Glück und Euer große Osterhoffnung! Mit einem Wort: jetzt geht es um Großes, nämlich um die Konsolidierung des Kapitalismus und um die Festigung der Alleinmacht des Bürgertums aller Nationen

Neue Kämpfe der englischen Bergarbeiter.

London, 20. April. (Eigenbericht.) In englischen Wirtschaftskreisen rechnet man mit der Möglichkeit neuer schwerer Kämpfe im englischen Kohlenbergbau für Juni oder Juli dieses Jahres. Sir Herbert Samuel, der liberale Führer, der seinerzeit die Regierungsenquete über den Bergbau leitete, hat dieser Tage in einer Rede erklärt, daß die englische Kohlenindustrie binnen sechs Monaten, um die Betriebskosten zu decken, zu weiteren Lohnherabsetzungen

werde schreiten müssen, da kein einziger Vorschlag zur Nationalisierung des Kohlenbergbaus bisher durchgeführt worden sei. Gestern nun erklärte der Generalsekretär der Bergarbeiterschaft, Cook, in einer Rede, die anderen Gewerkschaften müßten sich darauf gefaßt machen, im Hochsommer eine Solidaritätsaktion zugunsten der Bergarbeiter zu unternehmen, da im Laufe des Sommers der Kampf gegen die Lohnherabsetzung im Bergbau bevorstehe.

Schiffalsstunden der chinesischen Revolution.

Schanghai, 20. April. (Sabas.) Tschangkaifschet setzt die Organisation der antikomunistischen Regierung fort. Vorläufig wird Tschangkaifschet nicht nur von seinen bisherigen Anhängern unterstützt, sondern auch von den chinesischen Geschäftsleuten im Süden, die wegen ihrer nationalen Gefühle auf die Seite des Kuomintang getreten waren, jetzt aber eine extremistische Propaganda befechtigen, die auf die Verstaatlichung des Eigentums nach dem Muster der Sowjets gerichtet ist.

Die gemäßigten Umgebungen Tschangkaifschets würde Verhandlungen mit den modernen Elementen des Nordens begrüßen. Als Grundlage für ein eventuelles Kompromiß wird die Annahme der demokratischen Grundzüge Sunjaisens durch den Norden und der Rücktritt Tschangkaifschets zugunsten seines ältesten Sohnes angeführt.

Den letzten Nachrichten zufolge nimmt man an, daß die Ernennung des Barons Lanau, eines ausgesprochenen Anhängers einer Intervention, zum japanischen Ministerpräsidenten eine baldige militärische Intervention Englands in China wahrscheinlich macht. Die britischen Anstrebler erheben ununterbrochen um Intervention die allerdings die Aussichten der Aktion Tschangkaifschets bedeutend erhöhen würde.

Tschangkaifschet erkreut sich der Gunst der englischen Regierung.

London, 20. April. Der diplomatische Korrespondent des Arbeiterblattes „Daily Herald“ meldet: Die britische Regierung erwägt bereits, mit Tschangkaifschet als einer de facto-Regierung zu verhandeln. Das bemerkenswerte Vorgehen, die Protestnote wegen der Nanjing-Vorfälle ebenso an ihn wie an die Regierung zu schicken, als deren Diener er galt, hat sehr nach einer de facto-Anerkennung seiner Regierung ausgesprochen, bevor sie überhaupt gebildet war. Der Korrespondent führt weiter aus: Die britische Regierung wünscht, daß sich die Strafmaßnahmen lediglich gegen die Hanlauer Regierung richten sollen und nicht gegen Tschangkaifschet. Deshalb wird der vor Tschangkaifschets Staatsstreik erwogene Gedanke, Nanjing zu besetzen, aufgegeben werden. Dagegen der Plan einer gewaltsamen Wiederbesetzung der Hanlauer Konzeption mit der Begründung, daß die Bedingungen des Abkommens nicht erfüllt wurden, sehr ernstlich erwogen.

Offener Kampf zwischen Nanjing und Hanlau.

Paris, 20. April. Die letzten der „Information Financiere“ aus Schanghai zugegangenen Meldungen besagen: In der Konzeption herrscht Ruhe. Zwischen den Anhängern

Nanjings und Hanlaus beginnt ein offener Kampf auszubrechen. Die Lage der Ausländer in Nanjing ist kritisch. Sie sind gezwungen, auf Schiffen zu übernachten. Die militärische Lage der Nordtruppen ist verworren.

Nach Londoner Berichten hiesiger Blätter ist Tschangkaifschet gegenüber seinen Hanlauer Gegnern zwar wirtschaftlich im Vorteil, doch soll seine militärische Stärke problematisch sein. Die Fälle von Desertion aus seinen Reihen mehreren sich. Die ausländischen Residenten in Schanghai sollen Zweifel über die Ehrlichkeit seiner Absichten hegen.

Tschangkaifschets Regime.

London, 20. April. „Times“ meldet aus Schanghai vom 19. d. M.: Trotz der Versprechungen Tschangkaifschets sind die Zustände in Nanjing nicht besser geworden als früher. Kein Ausländer kann an Land gehen und das Plündern dauert fortgesetzt an. Es würde ein großer Fehler sein, zu glauben, daß Tschangkaifschet den Ausländern größeres Entgegenkommen zeigen oder seine Versprechungen besser einhalten wird als die Kommunisten. Alle noch in Nanjing befindlichen ausländischen Journalisten werden morgen die Stadt verlassen, um sich nach Schanghai zu begeben.

England schickt Truppen auf Truppen.

Paris, 20. April. Aus Southampton sind weitere britische Verstärkungen nach Schanghai abgegangen, u. zw. eine Fliegerabteilung, zwei Feldbatterien und eine Train- und Sanitätsabteilung.

Blutjustiz gegen die Kommunisten.

Schanghai, 20. April. (Reuter.) Wie aus Nanjing gemeldet wird, soll Tschangkaifschet nach Bildung seines Kabinetts beabsichtigen, den Kampf gegen die Nordarmee fortzusetzen. Tschangkaifschet verfügt über mehr als 300.000 Mann. In Schanghai wird mit allen Mitteln gegen die Kommunisten vorgegangen. Circa 100 Extremisten sind bereits hingerichtet worden. Die Regierung Tschangkaifschets hat beschlossen, alle kommunistischen Einflüsse zu beseitigen.

Japan und Rußland.

Paris, 20. April. Wie die Agentur Indo-Pacific aus Peking meldet, lehnt die Pekinger Regierung sämtliche Forderungen ab, die die Sowjets infolge der in der russischen Botschaft vorgenommenen Hausdurchsuchungen aufgestellt haben.

sonders wohl auf jenen „Linien“, auf denen die bürgerlichen Parteien jetzt so eifrig tätig sind, die die Arbeiterklasse zu einer veredelten, entrechteten Masse von Sklotten machen wollen, denen aber der Herr christliche Arbeiterführer Greif trotzdem oder eben deshalb sein volles Vertrauen bewahrt und die er darum auch nicht des „Verjagens“ beschuldigt. Doch schon geht Greif zu den Aufgaben der christlichen Arbeiterbewegung über: „Wir halten es für die große Aufgabe der christlichen Arbeiter, heute in die Bresche einzutreten, die der abgetretene Sozialismus in diesem Staate ge-

lassen hat.“ Welch biblisch schönes Beispiel! Der Sozialismus ist „abgetan“, ist tot, mausetot, doch die Arbeiterklasse soll darum nichts wissen, denn Herr Greif tritt mit den Seinen in die Bresche ein. Die Arbeiter dürfen also wieder Osterhoffnungen schöpfen.

Nach dem Anlauf, den der christliche Arbeitervertreter und Preisbeisitzer nimmt, ist man natürlich neugierig, wie sein Sprung gelingt. Zuerst erwartet man weiß-Gott-was, denn er sagt:

„Die christlichen Arbeiter . . . verkennen nicht die politischen Machtverhältnisse in diesem Staate, sondern rechnen mit ihnen, 57 Prozent der Bevölkerung dieses Staates sind unselbständige Lohn- und Gehaltsempfänger, während 43 Prozent selbständig Erwerbende und Staatsbeamte sind.“

Die Zahl der Besitzlosen und Unselbständigen ist also weit größer, dazu kommt noch die Masse der kleinen „Selbständigen“, die eigentlich Proletarier sind, und die vielen kleinen Staatsbeamten, die auch nicht gerade zu den Besitzenden gehören. Was folgert nun Herr Greif aus der Feststellung, daß die Bevölkerung überwiegend aus proletarischen Elementen zusammengesetzt ist? Will er ihren Einfluß im Staate gestärkt sehen? Geht er für die Mehrheit erhöhte Rücksicht? Da kennt man das Wesen der christlichen Arbeiterbewegung schlecht, wenn man solches glaubt. Wörtlich sagt Greif:

„Darum (also weil die unselbständigen Lohn- und Gehaltsempfänger in der Lebensnot sind) haben die christlichen Arbeiter darauf verzichtet, ihrerseits die Forderungen aufzustellen . . . Sie wollen Geduld haben und warten, bis die Opfer, die eine solche Umgestaltung (gemeint ist die Sozialreform) auch von den Andern leichter ertragen werden können.“

Und Herr Greif gibt einem Führer der tschechischen christlichen Arbeiter recht, der vor kurzem gesagt hat: „Wir müssen eben heute für alle denken und selbst unpopuläre Sozialpolitik treiben.“ Geduld haben und warten, bis das Unternehmertum selbst erkennt, ob es die Verbesserung der sozialen Lage leicht ertragen kann! Bis dahin, so lautet das soziale Arbeiterprogramm, heißt es „unpopuläre Sozialpolitik treiben“. Den christlichen Arbeiterwählern fällt es nicht ein, zu fragen, ob die christlichsozialen Parteiführer beispielsweise bei den Marzovallen, durch deren Erträgnis die Konarbeitslose der Geistlichen aufgebeßert wurden, auch erst ihr Gewissen erforchten, ob die damit verbundene Verteuerung der Lebensmittel von den konsumierenden Proletariermassen leicht ertragen werden kann. Christlicher Arbeiter sein, das heißt eben, ein Muster von Selbstlosigkeit sein. Schlägst Du mich auf die eine Wange, bitte, hier ist noch die andre, mit Gott, Schlag zu! Ihr räumt meine Taschen aus und zwingt mich und meine Kinder zum Hungern, um Euch selber zu bereichern, so ist das gewiß nur Gottes Wille! Daß es dauern und so bleiben möge, das ist die große Osterhoffnung der christlichen Arbeiter. So sagt es wenigstens der Herr Abgeordnete Greif, der in seiner Osterhoffnung die Vereinnahmung seines Arbeiterfähnleins zur Mitarbeit in der „Volksgemeinschaft“ mit allen jenen, die mit ihm eines Sinnes sind, ausspricht. Der ärgste Leuteschinder, Wucherer und Ausbeuter kann mit dieser Art von christlichem Sozialismus eines Sinnes sein.

Christlicher Sozialismus — das ist kein Kampf für den kulturellen und sozialen Aufstieg der Unterdrückten und Armen, auch kein Kampf für eine neue, vom Gemeinheitsgeist regierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, sondern bescheidenes Warten, ob nicht vielleicht doch ein paar Projamen von den Tischen der Besitzenden für das Gewimmel da unten obfallen werden. Diese restlose Abdankung der christlichsozialen Arbeiter, dieser Verzicht auf Würde, Selbstbewußtsein und eigene Forderungen — werden sie die in der Gefolgschaft der christlichsozialen Partei stehenden Arbeiter wirklich als ihre einzige und letzte Osterhoffnung erkennen?!

Inland.

Gegen die agrarische Anbodelpolitik.

Die proletarischen Parteien von Posenberg haben für Ostermontag, den 17. April eine sehr gut besuchte Protestversammlung einberufen, die sich gegen die infamale Durchführung der Bodenreform auf den dortigen Schwarzenbergischen Gütern bezieht. Ringsumher haben bereits die Protektionisten der tschechisch-agrarischen Partei sowie Verwandte hervorragender politischer Persönlichkeiten Resolutionen erhalten und auch in Posenberg selbst wurde dem Schwager eines tschechisch-agrarischen Abgeordneten (Masata) ein Gut im Ausmaß von 25 Hektar und 300 Schock Hopfen überlassen. Dieser Schwager muß 60 Hektar werden, doch erklärte man im Bodennamtsamt ausdrücklich, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter beider Nationen davon nichts erhalten könnten, weil nun die deutschen Agrarier befriedigt werden sollen. Der Boden Hunger der Landwirte soll also auch hier auf Kosten der deutschen Bäuerler und Landarbeiter bedingt werden. In der Versammlung sprach nebst dem Chairman des Aktionsausschusses Tomasel Abg. Gen. Schweichharr-Bodenbach, Abg. Chlouba-Vann (Komunist) und Genosse Litera-Prog (tschechischer Sozialdemokrat), welche den schamlosen Mißbrauch der Bodenreform zu politischen Zwecken und persönlicher Bereicherung scharf geißelten und entsprechende Gegenmaßnahmen anforderten. Eine Resolution, welche die Kolonisationsmethoden des Bodennamts ablehnt und den Regierungsparteien das Mißtrauen ausspricht, fand einstimmige Annahme.

Wie die Erfolge des Aktivismus aussehen.

Beweist die Beendigung der „Bodenreform“ in der deutschen Stadt Märkisch-Trübau. Schon die Art, in der die Bodenreform durchgeführt wurde, zeigt, daß nur dem Aktivismus auch die Demokratie in das Bodennamtsamt eingebracht ist. Auch Hohenstadt traf eines Tages der Bodennamtsamtspäher in Trübau ein und nahm die Verteilung hervor. Nach einem Bericht des Brünners „Tagesboten“ fiel die Aufteilung wie folgt aus: „Außer der Stadtgemeinde, der Deutschen Bezirksjugendfürsorge und dem Deutschen Turnverein sind alle deutschen Bodenbewerber durchgefallen. Die schönsten Pläze rechts und links der Zwitauerstraße erhielten tschechische Bewerber. Die Stadt erhielt die anderthalb Hektar, hinter der Linde auf der Zwitauerstraße, welche ihr zuerst zugesagt waren, sowie noch weitere anderthalb Hektar von der Kirchwehler gegen den Schäfersgrund, wobei zu bemerken ist, daß die beiden der Stadt zugewiesenen Stücke die schlechtesten sowohl in bezug auf Ertragsfähigkeit sowie Zufahrtsmöglichkeit und Lage von dem ganzen aufgeteilten Boden sind. Die Deutsche Bezirksjugendfürsorge erhielt 3000 Quadratmeter, der Deutsche Turnverein seinen langjährig gepachteten Spiel- und Eislaufplatz am Sand“.

Es scheint, daß sich die Herren Spina und Wacht-Harting nicht besonders bemüht haben, den Trübauern Deutschen zu ihrem Recht zu verhelfen und eine Disziplinierungswelle anzufachen, die bei der Durchführung dieser Reform unausbleiblich ist. Es hat sich allerdings in Trübau nicht um Klöße und Grafen gehandelt und da sieht das deutsche Bürgeramt die Interessen des deutschen Volkes nicht gefährdet. Na, wenn es der Graf Verobur wäre, dann müßte alles zur Rettung der deutschen Scholle aufgegeben werden!

Gemeindevahlen erst am 30. Oktober?

Die politischen Bezirksverwaltungen sind benachrichtigt worden, daß die Gemeindevahlen nach den bisherigen Dispositionen am 30. Oktober stattfinden werden.

Die Steuerdebatte im Budgetausfluß.

Der Budgetausfluß des Abgeordnetenhauses legte gestern die Verhandlung des neunten Hauptstückes der Steuerreform fort. In der Debatte sprach

Genosse Kaufmann,

der sich besonders mit den Ausführungen des Referenten und den auch in diesem Hauptstück dem Finanzministerium erteilten Ermächtigungen beschäftigte. Er verwies darauf, daß nach dem alten österreichischen Gesetz die Steuerkommissionen gewählt wurden. Erst in der Kriegszeit trat als Ausnahme die Ernennung der von der Tschechoslowakei übernommenen wurde. Im § 234 wird die Zahl der Mitglieder der Steuerkommission, so wie deren Ernennung dem Finanzministerium überlassen. Die Steuerkommissionen müssen freie autonome Körperschaften sein, die vom Finanzministerium unabhängig, dabei nicht ernannt, sondern von den steuerpflichtigen Staatsbürgern gewählt werden. Die Zahl der Mitglieder der Kommissionen muß sich der Bevölkerungsdichte des betreffenden Sprengels anpassen und dadurch den Steuerpflichtigen die entsprechende Vertretung gesichert werden. Wir verlangen die Wahl des Vorsitzenden durch die Kommission. Außerdem auch für den steuerpflichtigen Ausländer das Wahlrecht in die Kommissionen. Gerade auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft sollten sie eine kontrollierende Opposition, die nur befruchtend wirkt, nicht unmöglich machen. Der Kreis der Steuerpflichtigen, denen das Vorschlagsrecht eingeräumt werden soll, muß, wenn sie dieses Recht nicht zu einem ausschließlichen Recht der Koalitionsparteien machen wollen, bedeutend erweitert werden. Vor allem fehlen die Arbeiter und Angestellten, die gewiß ein großes Interesse daran haben, über ihre Steuerpflichten zu entscheiden. Eine besonders wichtige Gruppe, die auch als Arbeitnehmer ein erhebliches Protest gegen die Reformen in allen Pflichten und Verantwortlichkeiten dem Manne gleichgestellt wird. Dieser Mangel ist geradezu beschämend. Wir protestieren gegen die Entziehung. Die Frauen dürfen nicht nur bei Wahlen, sondern müssen immer als vollwertige Staatsbürger behandelt werden. Wir beantragen daher, daß für die Gruppe der Arbeitnehmer und Frauen die Gewerkschaftsverbände bzw. die zuständigen Organisationszentralen unter diejenigen eingereicht werden, denen das Vorschlagsrecht eingeräumt wird.

Eine aufgelöste Versammlung der Mafarschheber.

Die „Mlada generace“ der Prager Nationaldemokratie hatte für gestern auf die Soffen-Insel eine Versammlung mit dem Thema „Die bevorstehende Präsidentschaftswahl“ einberufen. Der Besuch war auffallend schwach. Den schlechten Eindruck suchte der Vorsitzende durch Erzählungen von einer angeblich Sprengung der Versammlung zu verwischen. Die Referentin Sikova-Kunacka brachte die alten Schläger von der Gefährdung des slawischen Volkstums durch den unheilvollen Einfluß der Humanitätsphilosophie, der Bedrückung der Tschechen durch Deutsche und Juden, ohne einen besonderen Eindruck zu hinterlassen. Das an diese Phrasen gewöhnte Publikum verhielt sich ruhig.

zur die rings im Saal verstreute Claque Matsche bei den Stichworten, besonders wenn die Redner Männer wie Dr. Bouček, Dr. Weikner, Beneš, Dr. Guth-Jaroslavsky und andere angriff. Als sie den Präsidenten Masaryk verhört hatte, löste der Regierungsvertreter die Versammlung auf. Unter Abfingung des „Hej Slovane“ löste sich die Versammlung auf.

Kongress der tschechischen Arbeitergemeinde.

In Ebern fand in Prag der Kongress der tschechischen Arbeitergemeinde, der Gewerkschaftsorganisation der tschechischen nationalsozialistischen Partei, statt. Dem Kongress wurde mit Interesse entgegen gesehen, weil der Führer der Arbeitergemeinde, der Abgeordnete Tučný, sich in dem Konflikt zwischen Strömung und Masaryk seinerzeit zunächst auf Seiten Strömung gestellt, auf dem letzten Parteitag der Nationalsozialisten in Brünn zu vermitteln gesucht hat und erst in letzter Zeit in das Lager der Parteimehrheit eingeschwenkt ist. Das Wort Strömung setzte auch auf den Kongress große Hoffnung, weil von dieser Seite angenommen wurde, daß ein Teil wenigstens der Gewerkschaften sich auf Seiten Strömung stellen würde. Die Hoffnungen der Anhänger Strömung wurden jedoch nicht erfüllt und obgleich in der neuen Leitung einige Parteigänger Strömung stützten, hat sich doch der Kongress in seiner überwiegenden Mehrheit mit der gegenwärtigen Parteileitung der Nationalsozialisten solidarisch erklärt.

Ausland.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Polen

tagte während der Osterferie in Volkshaus in Königsbrunn. Der Besuch war sehr stark, außer 130 Delegierten waren zahlreiche Gäste erschienen. Von den Bruderparteien waren erschienen: Abg. Genosse Hans Jock für die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei der Tschechoslowakei, Abg. Gen. Th. Keger für die polnische Sozialdemokratie, ferner Vertreter der deutschen und der polnischen Partei, sowie der Gewerkschaften des reichsdeutschen Schlesiens. Die Tagung wurde durch Freiheitschöre, vorgetragen von Arbeiterängeren und Sängerninnen, eingeleitet, worauf Sejmabgeordneter Genosse Nowel den Parteitag eröffnete. Nach Erledigung der Formalitäten erhielt Genosse Jock das Wort zur Begrüßung. Genoss. Jock verwies auf die internationale Reaktion, auf den Faschismus, der nichts als der Ausdruck des Verwerfungsstumpfes der kapitalistischen, bürgerlichen Gesellschaftsordnung ist. Um den Kampf gegen den Faschismus führen zu können, ist es notwendig, die Organisationen auszubauen und die Einigkeit und Geschlossenheit des Proletariats herzustellen. Der Weltkrieg war die letzte Phase der bürgerlichen und die erste Phase der proletarischen Revolution. Je bewusster die Kämpfe des Proletariats geführt werden, desto kürzer wird der Kampf sein und um so früher werden wir unser Entzwei erreicht. Die Ausführungen des Genossen Jock wurden mit Beifall aufgenommen, worauf die übrigen Delegierten der Bruderparteien den Parteitag begrüßten. Den Bericht des Parteivorstandes erstattete Abg. Genosse Nowel. Nowel berichtete ausführlich über die Bestrebungen, eine Vereinigung aller sozialistischen Parteien Polens herbeizuführen. Aus nationalen Gründen sei das nicht möglich, weshalb getrachtet werden mußte, wenigstens die deutschen Sozialistischen Parteien Polens zu vereinigen. Die Frage sei wohl noch nicht reiflos gelöst, doch sei man auf dem Wege hierzu. Ausführlich befaßte er sich mit dem Stand der Organisation, die zweifellos

mit dem letzten Parteitag sehr schöne Fortschritte aufzuweisen hat. In der Debatte über die Bericht teilten sich 19 Genossen und Genossinnen. Ueber die „Politische Situation und die Aufgaben der D.S.A.P.“ sprach in ausführlicher Weise Gen. Gładsmann aus Bielsky, über Organisation und Taktik Abg. Pantray aus Bromberg. Die vom Genossen Gładsmann überreichte Resolution, sowie die Anträge des Genossen Pantray wurden nach einer ebenfalls eingehenden Debatte angenommen. Nach der Bestimmung des Sitzes der Parteileitung und nach deren Wahl wurde der ererbende verlaufene Parteitag geschlossen.

Radikale Beschlüsse der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands.

Die Unabhängige Arbeiterpartei Großbritanniens (I. P.) trat am Ostermontag zu einem drei Tage dauernden Parteitag in Leicester zusammen, der, wie üblich, mit einer großen Programmvorrede des Parteivorstandes eingeleitet wurde. Die Rede spiegelte sehr stark den Radikalierungsprozess der Unabhängigen Partei wieder und enthielt auch Kritik an der sozialistischen Internationale. Er erklärte, es müsse mit größtem Nachdruck an der Durchführung einer allumfassenden Internationale auf dem Wege der Einigung der sozialistischen und der kommunistischen Internationale gearbeitet werden.

Zudem trat der Kongress hinter verschlossenen Türen in die Erörterung der Beziehungen zu Macdonalds zur I. P. ein, die vor letzter Zeit einigermaßen gespannt gewesen sind. Der Parteivorstand der I. P. hat kürzlich in einer Sitzung beschlossen, Macdonald nicht mehr als Delegierten der I. P. zum Parteitag der Arbeiterpartei und Vertreter der I. P. im Parteivorstand der Arbeiterpartei vorzuschlagen. Diese Entschliessung war durch eine von 61 der Unabhängigen Arbeiterpartei angehörigen Unterhausmitgliedern unterzeichneten Erklärung beantwortet worden, in der gegen diesen Beschluß protestiert wird. Auf dem Parteitag begründete der Parteivorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei sein demonstratives Vorgehen gegen Macdonald damit, Macdonald habe sich von der offiziellen Parteipolitik so weit entfernt, daß er nicht mehr als Vertreter der Auffassung der Unabhängigen Arbeiterpartei im Parteivorstand der Gesamtpartei auftreten könne. Der Parteitag schloß sich, trotzdem sich die Opposition gegen diesen Beschluß zum Worte gemeldet hatte, der Auffassung des Parteivorstandes der Unabhängigen Arbeiterpartei mit 312 gegen 118 Stimmen an. Dieser Beschluß bedeutet einen weiteren Schritt der Entfremdung zwischen Macdonald und der Unabhängigen Arbeiterpartei.

Am zweiten Verhandlungstag, der im wesentlichen finanzpolitischen Fragen und Arbeitslosenfragen gewidmet war, wurde auch eine Resolution über die offizielle Politik der Arbeiterpartei hinausgehend — folgende Forderungen aufgestellt: Anerkennung der vollen Souveränität und Unabhängigkeit Chinas; Verzicht auf alle extraterritorischen Rechte und Rückgabe der Konzessionen; Verhandlungen mit China zum Zwecke des Abschlusses neuer Verträge; Zurückziehung der in China befindlichen Truppen und Schiffe; enge Zusammenarbeit der britischen und chinesischen Arbeiterpartei. Die Resolution fordert ferner eine unparteiliche Untersuchung der Vorgänge in Hankow und protestiert gegen die Verwendung indischer Truppen in China. Schließlich nahm die Konferenz gegen eine starke Opposition noch eine Entschliessung an, in der sie sich individuell und für die Partei verpflichtet, jeden Kriegsdienst, einschließlich der Munitionserzeugung, zu verweigern.

Die grinsende Trabe.

Roman von Victor Hugo.

31 Aus dem Französischen übersetzt von Eva Schumann.

Wollte er sie wirklich tödchen oder auch nur dämpfen? Gewiß nicht. Er wäre arg enttäuscht gewesen, wäre es ihm gelungen. Im Grunde seines Herzens beklagte ihm diese Liebe, die für sie Flamme und für ihn Wärme bedeutete.

Ursus war für Gwynplaine und Dea Vater und Mutter gewesen. Brummend hatte er sie großgezogen; scheltend hatte er sie ernährt. Die Aufnahme der Kinder hatte die rollende Hüfte schwerer gemacht, und er hatte häufiger als früher sich neben Homo einspannen müssen.

Nach den ersten Jahren freilich, als Gwynplaine beinahe erwachsen war und Ursus alt, da war Gwynplaine an der Reihe gewesen und hatte Ursus gezogen.

Als Ursus Gwynplaine heranwachsen sah, hatte er ihm von seiner Ungehalt prophezeit: „Sie haben dein Glück gemacht.“

Diese Familie, bestehend aus einem Greis, zwei Kindern und einem Wolf, hatte sich immer fester aneinander angegeschlossen.

Das jahrende Leben hatte nicht die Erziehung verhindert. „Reifen ist wachsen“, sagte Ursus. Da Gwynplaine offenbar dazu geschaffen war, „sich leben zu lassen“, so bildete Ursus den Gaultier in ihm weiter aus, und nach bestem Vermögen hatte er diesem Gaultier Wissen und Weisheit eingepfropft.

Immer wieder sagte er zu Gwynplaine: „Sei ein Philosoph! Weisheit allein macht unverwundbar. Wie du mich hier siehst, habe ich nie in meinem Leben gesehnt. Kraft meiner Weisheit. Glaubst du, es hätte mir an Gelegenheit gefehlt, wenn ich hätte weinen wollen?“

In seinen Selbstgesprächen, denen nur der Wolf lauschte, sagte Ursus:

„Ich habe Gwynplaine alles beigebracht, inklusive Latein. Dea habe ich nichts beigebracht, inklusive Musik.“ Er hatte sie beide singen gelehrt; er selbst verstand es gut, die Note zu spielen.

Diese verwickelte und sorgfältige Erziehung hatte den Kindern genug Zeit gelassen, sich gegenseitig zu vergöttern. Sie hatten im Heranwachsen ihre Herzen verknüpfen, wie zwei junge Bäumchen, wenn sie zu Bäumen werden, ihre Zweige verschlingend.

„Ganz gleich“, murmelte Ursus, „ich verheirate sie miteinander.“

Und beiseite brummte er: „Sie langweilen mich mit ihrer Liebe.“

Vergangenheit, das Wenige, was sie davon kannten, gab es nicht für Gwynplaine und Dea. Sie wußten darüber, was Ursus ihnen erzählt hatte. Sie sagten „Vater“ zu Ursus.

Gwynplaine erinnerte sich seiner Kindheit als eines Juges von Dämonen um seine Wiege. Ihm war, als sei er im Dunkel von unförmigen Füßen zertrampelt worden. War das mit Absicht geschehen? Er wußte es nicht. Aber klar und deutlich, in den geringsten Einzelheiten, besann er sich auf das grauenvolle Abenteuer seiner Aushebung. Das Aufstehen Deas machte diese unheimliche Nacht zu einem strahlenden Lichtpunkt seines Daseins.

Deas Erinnerungen waren noch verschwommen. Sie war noch so klein gewesen, daß ihr alles entschweben war. Auf ihre Mutter besann sie sich als auf etwas Kaltes. Hatte sie je die Sonne gesehen? Vielleicht. Sie mühte sich, zurückzutauchen in jenes Fernkloster, das hinter ihr lag. Die Sonne? Was war das? Sie erinnerte sich an etwas Leuchtendes, Warmes, das Gwynplaine eisete hatte.

Mit leiser Stimme sagten sie einander Liebesworte. Zärtliche Liebesworte zu flüstern ist sicher-

lich das Wichtigste auf Erden. Dea sagte zu Gwynplaine: „Nicht — das ist, wenn du sprichst.“ Einmal, als Gwynplaine durch den dünnen Kernel hindurch Deas Arm sah, hielt er nicht länger an sich und streifte den durstigen Schimmer mit seinen Lippen. Entstellter Mund — himmlischer Auh. Dea fühlte ein tiefes Entzücken. Sie wurde ganz rosig. Dieser Auh eines Ungeheuers zauberte Morgenröte auf die schöne Stirn voll Nacht. Aber Gwynplaine senkte wie in Angst, und da Deas Halstuch sich gelockert hatte, konnte er nicht anders: er nickte die weiße Brust anschauen, die hinter dieser Paradiesesöffnung sichtbar war.

Dea streifte den Kernel zurück und hielt Gwynplaine ihren nackten Arm hin. „Noch einmal!“ bat sie. Gwynplaine entzog sich der schwierigen Lage durch die Finst.

Am nächsten Tage fing das Spiel mit kleinen Veränderungen von neuem an. Leise glitten sie in jenen süßen Abgrund, der die Liebe ist.

Das sind Dinge, über die der liebe Gott als alter Philosoph lächelt.

Manchmal machte sich Gwynplaine Vorwürfe. War es nicht Weintrug, daß er sich von dieser Frau lieben ließ? Was würde sie sagen, wenn plötzlich ihre Augen sich aufstießen? Er sagte sich, daß er, das Ungeheuer, kein Recht auf Liebe habe. Es war seine Pflicht, diesem Stern die Wahrheit zu sagen.

„Du weißt, daß ich sehr häßlich bin“, sagte er einmal zu Dea.

„Ich weiß, daß du herrlich bist“, erwiderte sie. Aber er fuhr fort:

„Wenn du sie alle lachen hörst, dann lachen sie über mich, weil ich entsetzlich bin.“

„Ich liebe dich“, antwortete ihm Dea.

Und nach einer Weile fügte sie hinzu:

„Ich habe dem Tode gehört; du hast mich dem Leben wiedergegeben. Bist du bei mir, so bin ich im Himmel. Gib mir deine Hand, damit ich Gott anrühre!“

Ihre Hände suchten und umschlangen sich, und verstrümt in der Fülle ihrer Liebe sprachen sie kein Wort mehr.

Ursus, der Griesgram, hatte es gehört. Am nächsten Tage, als sie alle drei beisammen saßen, sagte er:

„Uebrigens ist Dea auch häßlich.“

Das Wort verfehlte seine Wirkung. Dea und Gwynplaine hörten nicht auf ihn. Eines im anderen versunken, achieten sie nur selten auf Ursus' weise Worte. Ursus strengte sich ganz umsonst an.

Dea war eine feldene Frau. Ihr Körper war zerbrechlich, aber nicht ihr Herz. Der Grund ihres Seins war ein göttliches Liebesbegehren.

Alles Kopfzerbrechen, das ihr Gwynplaines Wort gemacht, endete schließlich darin, daß sie eines Tages sagte:

„Häßlich sein — was ist das? Es ist Böses tun. Gwynplaine tut nur Gutes. Er ist schön.“

Und in jenen fragenden Worten, die Kindern und Blinden eigen sind, fuhr sie fort:

„Sehen? Was nennt ihr denn Sehen? Ich sehe nicht, ich weiß. Es scheint, daß Sehen verbirgt.“

„Was meinst du damit?“ fragte Gwynplaine. Dea antwortete:

„Sehen ist etwas, das das Wahre verbirgt.“

„Nein“, sagte Gwynplaine.

„Doch!“ erwiderte Dea. „Wenn du sagst, du seist häßlich!“

Sie dachte einen Augenblick nach, dann sagte sie:

„Du Lügner!“

Und Gwynplaine erlebte die Freude, ein Verständnis abgelegt zu haben, das ihm nicht geglaubt wurde. Sein Bewußten war beruhigt und seine Liebe auch.

Sie waren, wie man heute sagen würde, „nicht weiter“ als am ersten Tag. Es war, als dauere eine heilige Kindheit in ihrer Liebe fort.

(Fortsetzung folgt.)

Der französische Parteitag.

Lyon, 20. April. Der Kongreß der sozialistischen Partei Frankreichs setzte Dienstag nachmittags die Debatte fort. Ingesamt liegen dem Kongreß fünf Resolutionen vor. Die Entschlieung der Mitte (Faure ist für möglichste Unabhängigkeit, die Resolution Maurin fordert die Einheitsfront mit den Kommunisten, die Resolution der Linken Brade und Jironiski) spricht sich gegen jede Wahlkoalition sowohl mit den Bürgerlichen als auch mit den Kommunisten aus, die Resolution Renaudel, Boncour und Grundbach fordert Kontakt mit den Radikalen und eine fünfte Resolution (Auriol) will die Tendenzen der anderen ausgleichen.

An der Debatte äußert sich Grundbach dahin, daß die Partei sich der Mitarbeit mit der Regierung ewig werde verschließen können. Eine Einheitsfront mit den Kommunisten sei unmöglich. Die kommunistische Internationale ist ohnmächtig und der Sozialismus habe keinen Grund, den Bolschewiken die geringsten Zugeständnisse zu machen. Der Delegierte Maurin meint, daß die Kommunisten sehr ihre Forderungen für ein gemeinsames Vorgehen bereits bedeutend gemildert haben. Auriol tritt dafür ein, daß die Einheit der Partei unter allen Umständen gewahrt bleibe.

An der Abend Sitzung zog Renaudel seinen Resolutionsantrag zurück. Als letzter Redner in der Debatte erklärte sich Léon Blum für den Antrag Faures. Die Entscheidung über eine Einheitsfront mit den Kommunisten stehe nicht dem Kongreß, sondern nur der Internationale zu. Die Aktion der Bolschewiken gerichte dem Profletariat eher zum Schaden als zum Vorteile. Unter solchen Umständen sei heute ein Zusammengehen unmöglich. Auch mit den Radikalen hält Blum die Möglichkeit einer dauernden Verbindung für nicht gegeben. Wenn es zum entscheidenden Kampfe kommt, wird es, wie Blum erklärt, unsere Sache sein, zu führen und die übrigen aufzuwachen, um Gefolgschaft zu leisten. Genosse Blum schloß seine Rede mit einem Appell zur Einheit der Partei.

Nach keine Einigung.

Paris, 20. April (Eigenbericht). Die vom sozialistischen Parteitag in Lyon gestern eingeleitete Resolutionskommission, die in der Frage der politischen Einstellung der Partei zu den Nachbarparteien eine Kompromißresolution ausarbeiten sollte, ist nach erregter Diskussion, die die ganze Nacht andauerte, heute morgen auseinandergegangen, ohne daß sie zu einem Ergebnis gekommen wäre. Der Versuch um eine Verständigung zwischen der Gruppe Faure und der von Renaudel geführten rechten Gruppe, ist gescheitert. Die letzte Entscheidung bleibt also dem Plenum vorbehalten, das um 11 Uhr vormittags seine Versammlungen wieder aufgenommen hat.

In der heutigen Vormittagsitzung beschäftigte sich der Kongreß zunächst mit den bisher zurückgelassenen Fragen organisatorischer und administrativer Natur. In einer lebhaften Diskussion kam es hier gegen den Abgeordneten Maurin den Führer des äußersten linken Flügels) beantragte Disziplinarverfahren. Maurin hat in einem von ihm herausgegebenen Blatt die Führer des französischen Sozialismus und der Internationale in der heftigsten Weise angegriffen und die Versammlung beschimpft. Der vom Berichterstatter der Disziplinarkommission, Grundbach gestellte Antrag lautet auf Ausschluss von allen Parteifunktionen auf die Dauer von zwei Jahren. Die Debatte darüber füllte auch einen großen Teil der Nachmittagsitzung aus.

Nach Maurins Verteidigungsrede nahm der Kongreß mit 219 gegen 683 Stimmen den Antrag des Ausschusses an.

Hierauf begann die Schlussdebatte über die politischen Richtlinien der Partei. Die Verfasser der drei übrig gebliebenen Resolutionen verteidigten ihre Anträge. Stürmischen Beifall fanden besonders die Ausführungen des Sekretärs der Partei Paul Faure hervor, der sich abermals scharf gegen ein gemeinsames Vorgehen mit den Kommunisten aussprach und zur Einigkeit aufforderte.

Der Kongreß stimmte hierauf über die Resolutionen ab. Die größte Stimmenanzahl, d. i. 2355, vereinigte die Resolution der Mitte (Faure, Blum) auf sich. Für die Resolution des linken Flügels der Partei (Brade, Jironiski) wurden 744 Stimmen abgegeben. Die aktivste Stimmenanzahl d. i. 185 erhielt die Resolution der Extremisten (Maurin).

In Lyon.

Lyon, Mitte April 1927.

Wir sind in Lyon, der Stadt Herriots. Von der hiesigen sozialistischen Gruppe hat dieser ehemalige Führer der „Radikalen Partei“ in den Monaten, die seinem Ueberleben zu Poincaré folgten, keine Schonung erfahren. Man verlangte sogar zunächst seine Abdankung als Bürgermeister von Lyon. Denn im Lyoner Stadtrat haben die Sozialisten die Mehrheit. Allerdings gingen dann wieder, am 9. Jänner dieses Jahres, bei den Stadtwahlen, Sozialisten und Radikale gemeinsam gegen den Nationalen Block vor. Da hatte sich im Grunde Herriots Wählerkraft gegen die „Nationale Einigkeit“-Regierung Poincaré-Herriot gestellt.

Obwohl es jetzt das erste Mal ist, daß seit dem Abmarsch der Kommunisten (1921) die Ziel-

lung der Partei zur Bolschewistengruppe auf einem sozialistischen Kongreß besprochen wird, steht doch die Frage des Verhältnisses der Sozialisten zur „Radikalen Partei“ im Vordergrund. Rein äußerlich kommt dies auch dadurch zum Ausdruck, daß von den vier dem Kongreß vorliegenden Hauptresolutionen die — von rechts nach links gesehen — zweite mit einer ungefähren Zweidrittelmehrheit durchgehen wird. Sie stammt von Paul Faure, dem Generalsekretär der Partei. Während die etwas weiter links stehende Resolution von Brade und Jironiski die Hoffnung, mit der „Radikalen Partei“ (jetziger Führer: Maurice Zarraut) in der heutigen französischen Republik soziale oder demokratische Reformen erreichen zu können, für völlig verfehlt hält, läßt Faure diese Möglichkeit zu. „Von einem ständigen Zusammengehen mit einer bürgerlichen Partei soll man nicht sprechen“, meint Paul Faure. Das bedeutet: An ein vorübergehendes Verabreden ist zu denken, wie dies seit Mitte 1921 durch die „Unterstützungspolitik“ zum Ausdruck kam, die von den Sozialisten der Herriot-Regierung gegenüber streng durchgeführt wurde.

Allerdings wirft man der Resolution Faure teilweise vor, daß sie mehr die Lehren der Vergangenheit aufzeige, als in die Zukunft weise. Wer in den letzten Monaten das Leben der Parteigruppen aufmerksam verfolgte, konnte immer wieder feststellen, wie man darauf lauert, daß ein Weg in die nächste Zukunft energig gewiesen werde. Seit dem Kongreß von Toulouse (seit 1908), hatten die französischen Sozialisten keinen derartigen Parteitag mehr, und so werden die höchsten Erwartungen auf die jetzige Lyoner Tagung gesetzt. Dies um so mehr, als seit einem Jahr ein von vielen mit Besorgnis betrachteter Stillstand eingetreten ist: Die Partei kann über ihre 110.000 Mitglieder nicht hinaus. Andererseits kommt die Pariser sozialistische Zeitung „Populaire“ nicht über ihre 20.000 Abonnenten. Da soll nun auf diesem 24. französischen Parteitag vor allem für alle indifferenten Arbeiter die Frage beantwortet werden: Was schlägt die sozialistische Partei zur Umänderung der heutigen Verhältnisse vor?

„Die Pariser Richtung ist am Stillstand der Partei schuld“, sagen viele Genossen aus der Provinz. Brade und Jironiski, die beide von Paris delegiert sind, werden von manchen aus der Provinz für die Verhinderer eines stärkeren Aufschwungs der Partei angesehen, weil sie die Partei als „zu radikal“ erscheinen lassen. Ob zu Recht oder zu Unrecht, darüber gilt es jetzt hier die Entscheidung zu fällen. Man beachte, daß die Unterzeichner der Resolution Faure und die Anhänger seiner Gedanken meist aus der Provinz kommen. Andererseits ist auch Maurice Maurin, jener Verscherer des sogenannten „noch nicht ausgeglichenen Reformkommunismus“, von einer Pariser Gruppe delegiert.

Uebersehen also vielleicht die Genossen in der Hauptstadt manchmal die politischen Bedürfnisse und Voraussetzungen einer sozialistischen Aktion in der Provinz? Verlangt man also außerhalb von Paris ein stärkeres Zusammengehen mit der „Radikalen Partei“ infolge der primitiven örtlichen Verhältnisse, als dies für die Hauptstadt angebracht ist? Auch diesen Fragen gilt hier jetzt die Untersuchung. In einem Jahre sind neue Kammerwahlen. deren Vorbereitung muß jetzt hier begonnen werden.

Stutt. Lenz.

Monarchistische Spione in Rußland.

Moskau, 20. April. (Zaf.) Die politische Polizei in Moskau hat eine monarchistische Gruppe, die sich Anhänger des ehemaligen Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch nannte, aufgedeckt und liquidiert. Wie aus dem beschlagnahmten Material ersichtlich ist, stand die Gruppe in keinerlei Beziehungen zu irgend welchen Schichten der Bevölkerung und beschäftigte sich vornehmlich mit Militärsplionage zugunsten einiger der tätigsten ausländischen Spionagedienste. Die Untersuchung ergab, daß diese kontrerevolutionäre Gruppe Geldmittel aus ausländischen Quellen bezog. Führer der Gruppe war der in Paris befindliche frühere General Kutepow. Die Dokumente, die sich in den Händen der Untersuchungsorgane befinden, und die Aussagen der Verhafteten erweisen das große Interesse ausländischer Spionagedienste nicht nur für die Gewinnung von Quellen zu militärischen Spionagezwecken, sondern auch für die Unterstützung von Versuchen, innerhalb der Sowjetunion eine sowjerefeindliche Organisation zu schaffen. Aus dem Untersuchungsmaterial ist jedoch ersichtlich, daß diese Versuche keinerlei Erfolg hatten. Die Untersuchung wird voraussichtlich neues Material in der Richtung der Enthüllung der finanziellen Mächenschaften und ausländischen Beziehungen der aufgedeckten monarchistischen Gruppe des ehemaligen Generals Kutepow zu Tage fördern.

Streik der Berliner Droßkenschauffeuere.

Berlin, 20. April. Die angeheulten Berliner Droßkenschauffeuere haben heute nachmittags in einer sehr stürmisch verlaufenen Versammlung den Beschluß gefaßt, die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums zu dem Antrage auf Verbindlichkeitsklärung des vergangenen Schiedsspruches nicht mehr abzuwarten, sondern sofort in den Streik zu treten und am Donnerstag morgen die Arbeit niederzulegen.

Gute Zeiten für Prekrepitilien!

Die Saazer Wolf-Blätter brauchen weder Erwerb- noch Umsatzsteuer zu zahlen!

Auch das geschieht unter der Duldung zweier deutscher Minister und dreier deutscher Regierungsparteien!

Mit der Saazer Wolf-Presse, ihrem Hauptwirdigen Herausgeber Ludwig Wolf und mit dem Verhältnis Wolfs und seiner Presse zur Saazer Staatsdruckerei, haben wir uns schon wiederholt beschäftigt. Man kann es nicht oft genug tun. Denn nicht nur liegt da eines der größten Kapitel schmutziger Korruption vor, nicht nur tut die Regierung trotz bestmöglicher Angriffe und dringlichster Beschwerden nichts gegen diesen Skandal — sein Umfang stellt sich durch jetzt erst bekannt werdende Einzelheiten als noch viel gewaltiger dar, als man bisher schon ahnte.

Schon im Jahre 1923 haben deutsche sozialdemokratische Abgeordnete in einer Interpellation an den Innenminister aufgezeigt, daß die Staatsdruckerei in Saaz die Blätter des Herrn Wolf — damals waren es schon acht und ihre Zahl dürfte sich inzwischen noch bedeutend vermehrt haben — zu geradezu lächerlichen Preisen herstellt und damit eine ganz unerhörte Schmutzkonkurrenz gegenüber allen anderen Zeitungsdruckereien auf Kosten der Gesamtbevölkerung betreibt. Der Zweck dieser billigen Lieferung liegt klar zutage: Wolf kann unter solchen Bedingungen keine Blätter, die auf Kosten der gesamten Bevölkerung die Regierungspolitik in der widerwärtigsten Weise unterstützen, zu Spottpreisen abgeben und also die Meinungsmache der Regierung im großen betreiben.

Auf die deutsch-sozialdemokratische Interpellation hat damals Herr Ministerpräsident Sechla, der uns bis heute erhalten blieb, höchstpersönlich geantwortet, daß die Staatsdruckerei sich in ihrer Wirtschaftsführung genau nach dem Vorsatze richte und genau nach denselben Grundsätzen kalkuliere wie alle anderen Staatsdruckereien. Auf die Preise der von ihr gedruckten Zeitungen nehme die Staatsdruckerei keinen Einfluss, da sie nicht Herausgeber dieser Zeitungen sei.

Mit dieser juristisch gedrehten Erklärung vermochte Herr Sechla zwar nicht im mindesten den Eindruck, den die Wirtschaft in Saaz hervorgerufen, abzumildern oder gar ausgleichend zu ändern. Immerhin aber mußte man nach diesem Ministerwort: Das ja bekanntlich noch nie gebrochen worden ist!) annehmen, daß Herr Ludwig Wolf bei der Staatsdruckerei keine Zeitungen um einen Pappschilling herstellen kann, daß er aber keine besonderen Begünstigungen genießt und als Herausgeber von der Staatsdruckerei und von der Regierung ganz korrekt behandelt werde.

Die Antwort des Herrn Ministerpräsidenten erfährt aber jetzt eine sehr scharfe Befandigung durch Mitteilungen, die wir im „Saazer Anzeiger“ lesen.

Danach zahlt das „Privatunternehmen“ des Herrn Ludwig Wolf in Saaz, das angeblich doch nur eine Kundenschaft der Staatsdruckerei ist, keine Erwerbsteuern und keine Umsatzsteuer!

Der „Saazer Anzeiger“ stellt nach Durchsicht der Erwerbsteuerlisten und nach sonst durchgeführten Erkundigungen folgendes fest:

„Ludwig Wolf zahlt — wie wir uns auch anderweitig überzeugt haben — überhaupt keine Erwerbsteuer! Er bezahlt nur Personaleinkommensteuer und Hauszinssteuer für seine luxuriös eingerichtete Villa Nr. 1352 in Saaz, er zahlt aber auch keine Erwerbsteuer, obwohl er als Herausgeber der Saazer Wolf-Presse nach der Auskunft des Ministerpräsidenten Sechla mit der Staatsdruckerei in Saaz in keinem anderen Verhältnisse steht, als dem einer Kundenschaft, die ihre Zeitungen dort drucken läßt. Wer zahlt also für den Unternehmer Ludwig Wolf in Saaz die Erwerbsteuer? Wir können doch nicht annehmen, daß der Staat um diese Steuer betrogen wird. Zahlt sie für Wolf der Staat? Mit welchem Rechte und aus welcher Ursache? Und wie lange — seit wann — wird diese Steuer nicht vorgeschrieben und nicht eingehoben?

Ludwig Wolf zahlt auch keine Umsatzsteuer von den von ihm herausgegebenen Zeitungen! Während wir — wie die amtliche Revision ergeben hat — jedes Zeitungsheft und jedes Inserat gewissenhaft versteuern, gibt Ludwig Wolf seine Zeitungen unbesteuert hinaus und zahlt auch von den Inseraten keine Umsatzsteuer. Wer zahlt für Ludwig Wolf die Umsatzsteuer? Der Staat? Mit welchem Rechte und aus welcher Ursache? Wie

Das Schuldkonto der deutschen Agrarier, Christlichsozialen und Gewerbetreibenden ist um einen schweren Posten bereichert!

lange — seit wann — wird von dem privaten Zeitungsunternehmen des Ludwig Wolf in Saaz keine Umsatzsteuer eingehoben?

Es ist nicht möglich, daß die Wolf-Presse unbesteuert ist, weil selbst die Staatsdruckerei in Saaz auf ihren Fakturen die Umsatzsteuer in Rechnung stellt.“

Was die Wolf-Presse dadurch erspart, daß sie keine Steuern bezahlt, geht aus folgender Zusammenstellung allein der Umsatzsteuern hervor, von deren Zahlung Wolf seit sieben Jahren ausbleibend befreit ist: Das Blatt, „das amtlich garantiert die höchste Auflage aller deutschen Blätter in der Tschechoslowakischen Republik hat“, dürfte jährlich fünf Millionen an Bezugsgebühren einnehmen. Dafür wären etwa 100.000 Kronen Umsatzsteuern zu zahlen. In den sieben Jahren dürfte also ein Rückstand von ungefähr drei Viertel Millionen allein an Umsatzsteuern aufgelaufen sein. Dazu kommt noch die Inseratensteuer, die Herr Wolf ebenfalls nicht bezahlt und die innerhalb sieben Jahren auch einen hübschen Betrag ausmacht!

Der „Saazer Anzeiger“ führt schließlich noch an, daß Ludwig Wolf weder krankenkassen- noch pensionsversichert ist, also nicht etwa als ein Angestellter der Staatsdruckerei hingestellt werden könnte, was aber übrigens eben durch die Erklärung des Ministerpräsidenten ohnehin nicht vorgeschützt werden könnte.

Was hat auf all dies die Regierung und insonderheit der Herr Ministerpräsident zu antworten?

Was sagen Sie dazu, daß die Saazer Wolf-Presse, die dank der gütigen „Kalkulation“ der Staatsdruckerei die Regierungsmeinung täglich um ein Spottgeld verkaufen kann, keine Erwerbsteuern und keine Umsatzsteuern zu bezahlen braucht? Wie erklärt Herr Sechla und seine Regierung die Tatsache, daß die Saazer Wolf-Presse Steuerfreiheit genießt, während Arbeiter und Angestellte von ihren elenden Pöpingen jetzt noch mehr an den „unleidenden“ Staat abführen müssen?

Ist es ein Zufall, daß just das Unternehmen des Wolf bisher vom Zugriff der Steuerbehörden verschont blieb, oder gelten etwa in der Republik für alle Presseunternehmen, die „Käufer“ der Staatsdruckereien sind, dieselben edlen Grundsätze?

Und was sagen die Herren Minister Spina und Mahr-Harting und ihre drei Regierungsparteien zu dieser Saazer Saatzwirtschaft?

Wir erinnern uns noch sehr lebhaft der Zeiten, da auch die sogenannte aktivistische Presse immer wieder Beschwerden und Auflagen gegen die früheren Regierungen wegen der Schandwirtschaft mit der Saazer Wolf-Presse erhob! Haben die Herrschaften jetzt, da die Freiheit dieser Presse auch ihnen zugute kommt, ihre Meinung revidiert? Betrachten sie es jetzt vielleicht auch als eine nationale Errungenschaft, daß eine bestimmte deutschgeschriebene Presse, die das deutsche Volk täglich belügt und nach tschechisch-nationalistischem Kommando zu verführen sucht, durch staatsdruckereiliche Kalkulationen und durch Steuerfreiheit instandgesetzt ist, auf schmutzige Weise die übrige Presse niederkonkurrenzieren?

Handeln etwa die Parteien Spinas und Mahr-Hartings auch hier nach dem Rezept der „Seimat“, daß die Korruption, wenn ihre Befestigung nicht zu „ermachen“ ist, mitgemacht werden muß? Die Ständepolitik läge zwar in diesem Falle nicht ganz klar zutage. Es ist das mehr eine „ideale“ Ständepolitik, bei der man, auf Kosten der Gesamtbevölkerung, Geld ausgibt (wie im Falle der Wolf-Presse) und dafür verdumpte Volksgenossen und irreführte Wähler einheimt (eben durch die Schreibweise, durch die Argumentation, durch die Schönfärbereien, durch gelegentliches Schweigen und durch gelegentliches Lügen einer gefügigen Presse!).

Durch die Mitteilungen des „Saazer Anzeiger“ dürfte ein großer Teil der Öffentlichkeit neuerdings für das Kapitel Regierungspresse interessiert werden. Dieses zu erwartende Interesse soll als Signal dafür gelten, den Kampf gegen dieses verwerfliche staatlische Pressesystem in gesteigertem Maße aufzunehmen.

Entweder räumt die Regierung selber mit dieser Lotterwirtschaft auf, die auf Kosten der Gesamtbevölkerung geht, oder aber die Gesamtbevölkerung muß diese Lotterwirtschaft mit den Parteien verrechnen, die dafür die Verantwortung tragen.

Tages-Neuigkeiten.

„Wissenschaftliche“ Volksverdummung auf Kosten des Volkes.

Dieser Tage findet in Prag ein „Friedenspädagogischer Kongress“ statt. Da solche Kongresse dem praktisch geübten Militarismus nicht zu schaden pflegen, ja vielmehr Feigenblattfunktionen erfüllen können, erfreut sich auch dieser Prager Kongress höchlich der Guld aller Regierungskreise. Was erstarrt wiederum, warum ausgerichtet die „Prager Presse“, die doch die reichste Verteidigerin des tschechoslowakischen Hochmilitarismus ist, unter den Propagatoren für diesen „Friedens“-Kongress an erster Stelle marschiert.

Am Osterfestonntag ist nun dieses Regierungsblatt mit einem Leitartikel angesprochen, der dem Friedenskongress gewidmet ist, einen sehr deutlichen Begriff von der Art und Bedeutung dieses Kongresses gibt und im übrigen unter hunderttausend Leitartikeln aus der ganzen Welt kaum seinesgleichen haben dürfte.

Mit dem Autor dieses Aufsatzes — Dr. Friedrich Kohn — haben wir uns vor Jahren schon einmal beschäftigt. Er versteht es wie kein Zweiter, mit einem Busch von philosophischen Konstruktionen und einem Gevöhr profaner Fremdwörter sich als einen Ausbund von Gelehrsamkeit hinstellen. Diesmal schrieb er aber die „Politisch-ironische Zeitenlehre“.

Er hat in den Rhythmen ein neues geschichtliches Verantwortungsgefühl entdeckt, das aber vorläufig nur „glossolalischer Ausdruck“ gefunden hat. Immerhin „feimt“ bereits „das geschichtliche Generationenbewußtsein auf“, die „Schulmäßige Ironie“ marschiert. Gottseidank! Denn sonst würde sich das „jüngliche Dinge werden werden zur geschichtlichen Verantwortlichkeitfrage“ in eine „Suspensionsentscheidung“ verkapseln.

In diesem Ton gehts weiter, so daß der Saugranit aber zum Gluck haben wir eben die Friedenspädagogik und Herr Dr. Friedrich Kohn weiß, was zu geschehen hat, damit man das Milliardenmilitärbudget und den Militärrüstungsfonds nicht zu schwer empfinde:

„Hier muß ihr (nämlich der Friedenspädagogik, d. Red.) normatives und informatives Wirken in eine sokratische Methodik generativer Anschauung einmünden.“

Sollte das jemand zufällig nicht ganz verstehen, so liegt das sicher daran, daß der Verehrer sich dem „Gegenwartswillen der Zeitenlogik“ nicht genügend angepaßt hat. Bessere „Aufwärtszüchtung“ würde sicherlich eine „Unfriedensminderung“ bringen!

Vielleicht gibt es sogar jemanden, der gar nicht weiß, was die „ironisch-politische Zeitenlehre“ überhaupt ist? Dr. Friedrich Kohn versteht aller Aufmunterung den Todesstoß:

„Ihr Hauptvorhaben war etwa dieser:

Es darf keinesfalls durch eine naheliegende, aber gefährdende Verwechslung des Literarischen mit dem Ironischen der lebensfördernde Sichtsicherdurchgangswissen in der Zeit irritiert, sondern er muß zugleich reguliert und erhöht werden, indem man das Verhältnis des Menschen zu den Zeiten als eine Architektur am Wachsenden und Erneuerungsfähigen erleben läßt, in welcher auch der machtausübende Selbstbehauptungswille seinen guten und wahren Plan findet.“

Wer so klar und mäßig für den Frieden eintritt wie Dr. Kohn, der bekommt sicher einen guten Platz auf dem Friedenspädagogischen Kongress. Denn schließlich dürfte es auch allen Mitgliedern der edlen Corona, die dort anzureisen sein wird, nur oder in der Hauptsache um den Sichtsicherdurchgangswillens zu tun sein, für den eine weise Regierung sehr viel Verständnis hat. Diese Regierung dürfte sich ungefähr denken: Die wackeren Ironiker sind ein treffliches Mittel, dem Ausland (wenn es dann genug ist) einen Bären über angebliche tschechoslowakische Friedensbestrebungen aufzubunden und neubeit dienen sie auch im Inland zur Ablenkung und das heißt zur Verdummung der Menschen, und Verdummungsarbeit ist ja ein geradezu unerlässlicher Beschäftigungsfeld für eine Regierung, die kaum zehn Jahre nach dem Weltkrieg unerbittliche Summen für Rüstungsmade ausgibt!

Und zu den Milliarden, die da dem Volke entzogen werden, können als unbedeutliche Kleinigkeiten die Millionen, die für diese erbärmliche „Prager Presse“ hinausgeworfen werden. Aus öffentlichen Geldern erhalten, bezahlt und verbreitet dieses Organ „wissenschaftliche“ Leitartikel, die die Volksverdummung förmlich wissenschaftlich fördern. Mäßig, daß in hochgeschätzten Zirkeln die Lesüre des Kohnschen Leitartikels ohne körperliche läßt Folgen bleiben läßt — auf unruhig behauptete Menschen wirkt er, um bei Dr. Kohns Ausdrucke weise zu bleiben, als „kollalisch“, das heißt jungenerdnerlich und breckreizend.

Ein Reaktionär in Reinkultur.

Senator Prause von der Deutschen Gewerbetarpartei gegen den Achtstundentag, gegen die Arbeiterurlaube, für die Wiedereinführung des Arbeitsbuches.

Am letzten Sonntag veranstaltete die Deutsche Gewerbetarpartei in Friedland a. d. Wehra eine Bezirksparteiversammlung. Das Referat erstattete Senator Prause aus Deutsch-Vöhren. Die Herren, die sich ganz unter sich glauben, setzen sich durchaus keinen Zwang an und plaudern ihre geheimsten Wünsche aus. Was da an reaktionärem Arbeiterhaß jutage kam, kann nicht einmal vom berühmtesten Unternehmervortrag überboten werden.

Herr Prause versuchte einen sogenannten Parlamentsbericht zu geben. Zuerst kam er auf die Einführung der Getreidezölle zu sprechen. Er selber gab zu, daß dieses Gesetz den Gewerbetreibenden keinen Erfolg gebracht habe, er entschuldigte aber die Haltung seiner Partei damit, daß sie durch das Bündnis mit dem „Bund der Landwirte“ einfach gezwungen waren, dafür zu stimmen. Angeblich unterstützt dafür auch der „Bund der Landwirte“ alle Wünsche der Gewerbetarpartei. Er versuchte dann noch die Bewilligung der Kongruenz an die Pfaffen zu entschuldigen, und meinte, daß es nicht mehr recht und billig sei, wenn nun die Pfarrer mehr an Gehalt bekämen. Dann kam der Herr Senator auf sozialpolitische Gebiete. Er erklärte, daß es nicht mehr geduldet werden kann, daß Lehrlinge und Gesellen nur acht Stunden arbeiten. Er ist selbstverständlich auch gegen die Arbeiterurlaube und wird alles tun, um sie abzuschaffen zu helfen. Er will weiter die sofortige Wiedereinführung des Arbeitsbuches und ist für die gänzliche Abschaffung des Fortbildungsschulunterrichts. Durch den Fortbildungsschulunterricht werde dem Gewerbestand viel kostbare Zeit weggenommen und es

müsse getrachtet werden, daß während der ganzen Lehrzeit kein solcher Unterricht stattfindet. Nach der Auslehre, meint der Herr Senator, habe er nichts dagewagt, wenn der betreffende ausgelernte junge Mann einen halbjährigen Kurs mimachi. Wo der Mann dann das Geld hernehmen soll, um während des halben Jahres diesen Kurs besuchen zu können, hat Herr Prause allerdings nicht verraten.

Sodann zog der Herr Volksvertreter gegen das Wahlrecht los. Er sehnst sich wieder nach den Zeiten zurück, wo nur derjenige ein Stimmrecht hatte, der recht viel direkte Steuern bezahlte; er legte mit dünnen Worten, daß das heutige Wahlrecht ein Unrecht sei, das zu beilegen schon die höchste Zeit wäre. Natürlich sind die Prauses auch gegen die Sozialversicherung. Den schweren Vorwurf, der dieser Partei der ehemaligen Militärgegner von unserer Partei gemacht wird, daß sie den Militarismus unterstütze, versuchte Herr Prause mit dem Hinweis abzutun, daß das Militär zum Schutz des Gewerbestandes unbedingt nötig sei. Das sogenannte Zertifikatswesen scheint ihm ja keine große Freude zu machen, er meinte aber, daß der betreffende Unternehmer, der einen ausgedienten Feldwebel nach diesem Gesetz anstellen muß, einen deutschen Feldwebel anstellen wird.

Diese Mühelese aus dem Referat des Herrn Senator Prause dürfte wohl genügen, um den Arbeitern und Angestellten neuerdings zum Bewußtsein zu bringen, daß die Deutschen Gewerbetarpartei ein vorkommener Gesinnung sich in nichts von ihren christlichsozialen und landbündlerischen Regierungsfreunden unterscheiden.

Wie der Staat sich gegen seine Arbeiter benimmt!

Alle Staatsbediensteten hatten am Ostermontag frei, nur die Tabakarbeiter mußten arbeiten.

Die Bestimmung des Feiertagesgesetzes, nach der die Doppelfeiertage aufgehoben werden, hat seit der Wirksamkeit des Gesetzes den beständigen Widerstand der Staatsbediensteten und der Arbeiterpartei ausgelöst, und es ist Tatsache, daß alljährlich diese Bestimmung des Gesetzes übertreten wurde. Auch im Vorjahre haben einige Staatsämter, ganz abgesehen von den Privatfabriken, den Ostermontag freigegeben. Nur das Finanzministerium verweigerte die Freigabe bei den Bediensteten und besonders hartnäckig bestand man auf der Arbeit in den Tabakfabriken. Hier sollte es anders werden. In allen Zeitungen erschienen Notizen, daß das Feiertagesgesetz wohl nicht novelliert werden könne, daß aber die einzelnen Ministerien Verfügungen erlassen, nach welchen den Bediensteten der Ostermontag freigegeben werden soll. Nur das Finanzministerium verweigerte auch jetzt der Tabakarbeiterpartei wieder den freien Ostermontag. Vor dem neuen Feiertagesgesetz waren die Doppelfeiertage, wie alle anderen gesetzlichen Feiertage, bei der tschechoslowakischen Tabakregie geahnte Feiertage. Mit der Aufhebung der Doppelfeiertage hatte das Finanzministerium mit einem Schläge einen Gewinn von anderthalb Millionen erzielt. Ein geplanter Feiertag kostet bei einer Arbeiterpartei von mehr als 14.000 und einem durchschnittlichen Tagelohn von 30 Kronen, etwa eine halbe Million. Die Arbeit dieser 14.000 Menschen bringt aber dem Staat einen Reingewinn von mehr als 1100 Millionen im Jahre. Was sind also die lumpigen 500.000 K bei dieser Riesensumme.

Mundstut für Alle!

Programm für morgen, Freitag.

Prag, 14.9. 11: Schallplattenkonzert, 11.40: Zeitungs- und literarischer Rundfunk, 12.05: Vorkoncert, 12.15: Mittagskonzert, 1. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 2. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 3. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 4. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 5. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 6. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 7. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 8. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 9. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 10. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 11. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 12. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 13. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 14. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 15. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 16. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 17. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 18. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 19. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 20. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 21. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 22. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 23. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 24. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 25. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 26. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 27. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 28. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 29. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 30. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 31. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 32. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 33. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 34. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 35. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 36. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 37. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 38. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 39. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 40. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 41. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 42. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 43. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 44. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 45. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 46. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 47. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 48. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 49. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 50. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 51. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 52. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 53. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 54. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 55. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 56. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 57. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 58. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 59. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 60. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 61. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 62. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 63. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 64. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 65. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 66. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 67. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 68. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 69. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 70. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 71. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 72. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 73. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 74. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 75. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 76. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 77. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 78. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 79. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 80. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 81. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 82. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 83. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 84. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 85. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 86. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 87. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 88. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 89. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 90. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 91. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 92. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 93. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 94. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 95. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 96. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 97. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 98. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 99. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 100. Sinfonie, 1. Ouvertüre.

Prag, 15.9. 11: Schallplattenkonzert, 11.40: Zeitungs- und literarischer Rundfunk, 12.05: Vorkoncert, 12.15: Mittagskonzert, 1. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 2. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 3. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 4. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 5. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 6. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 7. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 8. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 9. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 10. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 11. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 12. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 13. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 14. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 15. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 16. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 17. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 18. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 19. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 20. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 21. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 22. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 23. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 24. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 25. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 26. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 27. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 28. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 29. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 30. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 31. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 32. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 33. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 34. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 35. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 36. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 37. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 38. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 39. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 40. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 41. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 42. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 43. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 44. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 45. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 46. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 47. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 48. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 49. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 50. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 51. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 52. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 53. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 54. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 55. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 56. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 57. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 58. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 59. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 60. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 61. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 62. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 63. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 64. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 65. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 66. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 67. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 68. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 69. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 70. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 71. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 72. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 73. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 74. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 75. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 76. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 77. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 78. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 79. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 80. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 81. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 82. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 83. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 84. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 85. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 86. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 87. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 88. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 89. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 90. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 91. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 92. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 93. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 94. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 95. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 96. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 97. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 98. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 99. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 100. Sinfonie, 1. Ouvertüre.

Während also die Eisenbahner, die Postler und die Angestellten aller anderen Ämter des Staates, die Monatsgehälter beziehen, an Ostermontag frei haben, ging auch heuer die Tabakarbeiterpartei wieder arbeiten und das alles, weil der freigegebene Ostermontag der Arbeiterpartei gezahlt werden mußte und dies den Staat 500.000 Kronen kosten würde. Das ist ein himmelstreiches Skandal. Die christlichsoziale Partei versprach die Freigabe des Ostermontags. Welchen Einfluß ihr Minister in der Regierung hat, beweist die Tatsache, daß auch heuer wieder in den Tabakfabriken gearbeitet werden mußte.

Deutsches demokratisches. Die deutsche Demokratie in diesem Staate zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß sie zwar klein, dafür aber unheimlich ist. Was da täglich zwischen Brünn und Mariasbad, Prag und Teschen, Reichenberg und Teplitz an demokratischen Beiträgen zur Zeitgeschichte geliefert wird, beweist, daß es in dem kleinen Kreis vielleich, soviel Meinungen wie Köpfe, sicher aber doppelt soviel Ansichten als Zeitungen gibt, da jedes demokratische Blatt vorn eine andere politische Farbe trägt als hinten. Ein solches Dokument steuert der Brünner „Tagesbote“ zu der Gesinnungsmäßigkeit der deutsch-demokratischen Presse bei. Er gehört zu jenen Blättern, die gern ein wenig rosa sagen, um am andern Ende dann ein so größeres schwarzes Banner auszuhängen. Wir lesen da:

„Nächliche Auswüchse des österreichischen Wahlkampfes. Der Wahlkampf in Österreich zeitigt mitunter recht abschließende Blüten...“

Also sicher eine Gefühlsregel der christlichsozialen Schmugelmethode, des Wahlaufreies der Einheitsfront, der die Sozialdemokraten für die Zypheis verantwortlich macht, eine Anprangerung jener Subellode, die 10.000 Kilo Ver-

Deutschland. München, 19.9. 11: Schallplattenkonzert, 11.40: Zeitungs- und literarischer Rundfunk, 12.05: Vorkoncert, 12.15: Mittagskonzert, 1. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 2. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 3. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 4. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 5. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 6. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 7. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 8. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 9. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 10. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 11. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 12. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 13. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 14. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 15. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 16. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 17. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 18. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 19. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 20. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 21. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 22. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 23. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 24. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 25. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 26. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 27. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 28. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 29. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 30. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 31. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 32. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 33. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 34. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 35. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 36. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 37. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 38. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 39. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 40. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 41. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 42. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 43. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 44. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 45. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 46. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 47. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 48. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 49. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 50. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 51. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 52. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 53. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 54. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 55. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 56. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 57. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 58. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 59. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 60. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 61. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 62. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 63. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 64. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 65. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 66. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 67. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 68. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 69. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 70. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 71. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 72. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 73. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 74. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 75. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 76. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 77. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 78. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 79. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 80. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 81. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 82. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 83. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 84. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 85. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 86. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 87. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 88. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 89. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 90. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 91. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 92. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 93. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 94. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 95. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 96. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 97. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 98. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 99. Sinfonie, 1. Ouvertüre, 100. Sinfonie, 1. Ouvertüre.

Verbreitung produziert haben und deren Werte polizeilich beschlagnahmt wurde?! Wir lesen weiter: „Vor uns liegt eine stark vergrößerte und vergrößerte Radbildung einer Köpf. 500 Kronen-Rote, die auf der einen Seite anstatt der Köpfe des böhmischen Löwen und des Legionärs die Bilder Dr. Hrerer und Dr. Winterleins zeigt. Dabei steht in roten Druckbuchstaben: § 118, § 119, § 120, § 121 österr. Strafgesetzbuch, Falschmünzerei, 5-10, 10-20 Jahre schweren Kerker.“ Die Mücke ist rot überdruckt mit der Aufschrift: „Verhindert die Wiederholung der Wepelsdorfer Falschmünzerei, wählt sozialdemokratisch!“ Offenbar hofft die österreichische Sozialdemokratie durch dieses eigenartige, ja man kann sagen, originelle Wahlschlaf bei den brücker Wählern der Bevölkerung Ährer und Winterleins mit den Wepelsdorfer Mückenführern in Verbindung bringen zu können. Es besteht freilich die österreichische Wähler allzu tief einschauen, wenn man sie mit solchen unähnlichen geschmacklosen Wahlmanövern bestärkt.“

Also das regt die Brüner Demokraten auf, daß man den Herren Winterleins und Ährer ihre Seiten so treffend vor Augen hält. Denn um die Anschuldigung der beiden Wepelsdorfer Falschmünzerei zu bewältigen, muß man schon einen gesunden Zehner oder ein kurzes Gedächtnis haben. Die österreichische Sozialdemokratie hofft gar nicht, durch dieses Flugblatt die beiden christlichen Vorkämpfer und Frankenschieber mit den Falschmünzern in Verbindung bringen zu können, sondern die Verbindung ist längst bekannt und gerichtlich erhärtet, das Flugblatt soll sie lediglich den Wählern neu zum Bewußtsein bringen. Aber ein deutschdemokratisches Herz schloßt allzu leicht für das Konkordat und vor allem für die Banken, als daß es eine Pränkung christlicher Korruptionen verzeihen könnte.

Agitprop. Am Samstag, den 16. April, schrieb die „Internationale“ in ihrem Leitartikel:

„Eine ganze Schar wilder Enten lag in den letzten Tagen in den Redaktionen der gesamten bürgerlichen, einschließlich der sozialdemokratischen Presse auf. Sie wurden von „unseren, nach China entsandten Sonderkorrespondenten“ losgelassen, um eine angebliche Spaltung der Kuomintang zu bewirken. Die Verlogenheit dieser Mitteilung ist nun entlarvt... Holt auf die Schwindelschicht nicht herein!“

Leitungen produziert haben und deren Werte polizeilich beschlagnahmt wurde?! Wir lesen weiter:

„Vor uns liegt eine stark vergrößerte und vergrößerte Radbildung einer Köpf. 500 Kronen-Rote, die auf der einen Seite anstatt der Köpfe des böhmischen Löwen und des Legionärs die Bilder Dr. Hrerer und Dr. Winterleins zeigt. Dabei steht in roten Druckbuchstaben: § 118, § 119, § 120, § 121 österr. Strafgesetzbuch, Falschmünzerei, 5-10, 10-20 Jahre schweren Kerker.“ Die Mücke ist rot überdruckt mit der Aufschrift: „Verhindert die Wiederholung der Wepelsdorfer Falschmünzerei, wählt sozialdemokratisch!“ Offenbar hofft die österreichische Sozialdemokratie durch dieses eigenartige, ja man kann sagen, originelle Wahlschlaf bei den brücker Wählern der Bevölkerung Ährer und Winterleins mit den Wepelsdorfer Mückenführern in Verbindung bringen zu können. Es besteht freilich die österreichische Wähler allzu tief einschauen, wenn man sie mit solchen unähnlichen geschmacklosen Wahlmanövern bestärkt.“

Also das regt die Brüner Demokraten auf, daß man den Herren Winterleins und Ährer ihre Seiten so treffend vor Augen hält. Denn um die Anschuldigung der beiden Wepelsdorfer Falschmünzerei zu bewältigen, muß man schon einen gesunden Zehner oder ein kurzes Gedächtnis haben. Die österreichische Sozialdemokratie hofft gar nicht, durch dieses Flugblatt die beiden christlichen Vorkämpfer und Frankenschieber mit den Falschmünzern in Verbindung bringen zu können, sondern die Verbindung ist längst bekannt und gerichtlich erhärtet, das Flugblatt soll sie lediglich den Wählern neu zum Bewußtsein bringen. Aber ein deutschdemokratisches Herz schloßt allzu leicht für das Konkordat und vor allem für die Banken, als daß es eine Pränkung christlicher Korruptionen verzeihen könnte.

Agitprop. Am Samstag, den 16. April, schrieb die „Internationale“ in ihrem Leitartikel:

„Eine ganze Schar wilder Enten lag in den letzten Tagen in den Redaktionen der gesamten bürgerlichen, einschließlich der sozialdemokratischen Presse auf. Sie wurden von „unseren, nach China entsandten Sonderkorrespondenten“ losgelassen, um eine angebliche Spaltung der Kuomintang zu bewirken. Die Verlogenheit dieser Mitteilung ist nun entlarvt... Holt auf die Schwindelschicht nicht herein!“

Am nächsten Tage aber meldete die „Internationale“:

Ein Aufruf der Kuomintang. Die kommunistische Internationale hat eine Proklamation gegen den tschechoslowakischen Generalkongress in Tschangkai erlassen, in der er heißt: Mit größter Empörung und größtem Schmerz erklären wir, daß Tschangkai ein Vertreter der Revolution und ein Verbündeter der imperialistischen Vorkämpfer ist. Er ist ein Feind des revolutionären Kuomintang und der Arbeiterbewegung, ebenso wie der kommunistischen Internationale. Des weiteren wird erklärt, daß dem System der imperialistischen in China gelungene sei, die Einheitsfront des Kuomintang zu zerstören, indem sie Tschangkai bestechen, der die tschechoslowakische Revolution verraten hätte und der nunmehr im Mittelpunkt der Gegenrevolution stände.

Und da sollen die kommunistischen Arbeiter, die die „Internationale“ lesen, nicht hereinfallen?

Drei Lustspiele im Brünner Ursulinerkloster.

Die christlichen Klöster haben sich schon immer sehr gut auf das Geschäftsmachen verstanden. Die Vermögen der Klöster geben ja davon ein reichliches Beispiel. In unserer Zeit haben sich nun diese Klöster auf ein ganz eigenartiges Geschäft verlegt, das wahrscheinlich die Anziehungskraft für die mächtiger gestalten soll. Das Brünner Ursulinerkloster veranstaltet, so berichtet es die „Tagelポスト“, das unabhängige katholische Volksblatt, in seinem Saale drei Lustspiele. Und das Apostolat der christlichen Tochter hat unter der tüchtigen Leitung ihrer Präsidentin die Darstellung übernommen. Da die anderen Methoden in den Klöstern nicht mehr ziehen und die frommen Besuchern auch andere Kost zu begehren scheinen, veranfaßt man in den geweihten Räumen der Klöster Lustspiele. Wirklich, hüde der Herr auf, er würde diesen Pharisäern und Händlern das Handwerk in seinen Hallen wiederum mit der Feilsche leeren. Nun aber diese Herrschaften doch am besten ihren Herrn kennen werden, können sie ohne Furcht ihre drei Lustspiele, für die sie auch entsprechende Eintrittsgelder abverlangen, zum Besten geben. Geschäft in eben Geschäft, auch in Klöstern.

Für 2000 Diebstähle zwölf Jahre Zuchthaus. Das große erweiterte Zuchthausgericht beurteilt nach mehrwöchentlicher Verhandlung den Schmiid Josef Barbe, einen französischen Staatsangehörigen aus dem Bezirk Tiedenhofen, wegen vorerlegten Diebstahles zu zwölf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Von seinem Helfershelfern erhielt Frau Wieja zwei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust, ihre Tochter drei Monate Gefängnis und ein Reisender ein Jahr Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Barbe dürfte mit seinen 2000 Diebstählen einen Rekord aufgestellt haben.

Vahrens Spieker-moral. Der Direktor der Sonntags Stadtheater hat die Sommerstücke mit dem Titel „Der Garten Eden“ eröffnet. Ein Teil des Publikums und der Presse nahm aber an dem Stück stillosen Anstoß. Daraufhin hat der Stadtrat von Vahrens die für Dienstag geplante Wiederholung des Lustspiels verboten. Der Theaterdirektor hat sich gerächt, indem er statt des abgelehnten „Garten Eden“ Koyebues „Deutsche Heldensiedler“ den Böhmerländer Bürger am Ostermontag vorführte.

Brandkatastrophe auf einem Dampfer. Einer Shanghaier Meldung das „Matin“ zufolge, brach auf dem chinesischen Dampfer „Deng“ ein Brand aus, auf dem sich 2000 Zivil- und 1000 Militärpersonen befanden. Viele Personen sind ertrunken.

Der Chefredakteur des „Kobornik“ gestorben. Genosse Felix Berk, der Vorsitzende der Polnischen Sozialistischen Partei und Chefredakteur des „Kobornik“, ist dieser Tage gestorben. Berk war Redakteur des Blattes schon in der russischen Zeit, als das Blatt in illegaler Weise erschienen mußte. Er stand im 57. Lebensjahre und war schwer krank. Von mehreren Monaten hatte er die Leitung des Blattes abgeben müssen.

200 Räuber besetzen eine Stadt. Wie „Daily Herald“ aus Rio de Janeiro erfährt, hat eine etwa 200 bewaffnete Räuber zählende Bande die Stadt Montenegro in Nordbrasilien überfallen und sich ihrer bemächtigt. Die Kasernen wurden ausgeraubt. Eine Truppenabteilung wurde in die Stadt entsandt.

Eine Liebestragödie in der Umgebung von Brünn. In Lösch bei Brünn wurden gestern früh der Dreher Josef Smerda und seine 18jährige Geliebte Kvetoslava Navratil mit schweren Schußwunden aufgefunden. Smerda starb nach der Ueberführung ins Brüunner Spital, die Navratil, die sehr gefährlich verletzt ist, soll operiert werden. Das Motiv dieses Doppelmordes dürfte unglückliche Liebe sein.

Ballonwettfahrt. Aus Elberfeld wird gemeldet: Der Freiballon „Elberfeld“ mit dem Westfeldordinhaver Kaulen-Elberfeld als Führer, der Sonntag abends gegen 7 Uhr in Gelsenkirchen zusammen mit acht anderen Ballons zur Teilnahme an der Gordon-Venet-Auscheidungsfahrt aufgestiegen war, ist in der Nacht zum Dienstag gegen 4 Uhr nach 33stündiger Fahrt bei La Rochelle, 200 Meter von der französischen Küste, glatt gelandet. Von den anderen Ballons sind am Ostermontag 1 Uhr 15 Minuten mittags der Ballon „Gelsenkirchen“ bei Karlsruhe, der Ballon „Münster V“ um 5 Uhr nachmittags bei Nürnberg und der Ballon „Münster VI“ am Montag abends 6 Uhr bei Erlangen gelandet. Von den übrigen Ballons liegen bis zur Stunde noch keine Meldungen vor.

Frömmigkeit als Streikmittel. In der „Frankfurter Zeitung“ lesen wir von einem amüsanten Fall eines Zirkels, der sich allerdings schon vor mehr als 20 Jahren begeben hat. Die Angestellten der Straßenbahn von Aairo waren mit ihrer Direktion in Konflikt geraten. Es gab Lohnstreiks, und das Ende war ein großer Streit. Wie helfen sich Kapitalisten in einem solchen Falle? Sie kaufen sich Streikbrecher. Auf dieses nicht mehr ungewöhnliche Ausstufsmittel griffen auch die Herren Direktoren der Hannover Straßenbahn. Einen Tag lang hatten sie damit Glück. Es fand sich wirklich die benötigte „Technische Nothilfe“, die den Streitenden in den Rücken fiel und den Straßenbahnverkehr mit Ach und Krach aufrecht erhielt. Bald aber sollte eine überraschende Wendung eintreten. Von der Religion wird bekanntlich behauptet, daß die Priester der herrschenden Klassen sie als Opium fürs Volk mißbrauchen. Diesmal aber wurde die Religion zum wirklichen Schutzhelfer fürs Volk. Räumlich am zweiten Tage des Streiks erschienen die streikenden Straßenbahner jeder mit seinem Gebetsteppich unter dem Arm. Sie breiteten ihre Teppiche mitten zwischen den Schienen aus und lagen sich dort zum Gebet nieder. Laut singend stellten sie Allah und den Propheten an, er möge ihnen doch in ihrem gerechten Kampfe beistehen und die geforderte Zulage ertünnen helfen. Gegen solch Frömmigkeit ließ sich kaum etwas unternehmen. Denn sobald ein Straßenbahner von den Polizisten aufgefordert wurde, den Platz zwischen den Schienen zu räumen, nahm er demütig

seinen Gebetsteppich, ging fort und — ließ sich einige Schritte weiter wieder zwischen den Schienen nieder, um von neuem Allah zu preisen. Angesichts der riesigen Zahl dieser frömmigkeitsgewaffneten Straßenbahner gab die Polizei die liebe Mühe bald auf. Es war einfach nichts zu machen, der ganze Straßenbahnverkehr war lahmgelegt, und nachdem die gläubigen Messias vier Tage lang mit Allah und dem Propheten gerungen hatten, war die Direktion müde gebettet. Die bewilligte die Zulage und mußte einsegnen, daß Gott es diesmal mit den schwächeren Vorkämpfern gehalten hatte.

Geistespat am Jarenhof. Der ungeheure Einfluß, den der Mönch Rasputin am Hofe des letzten Zaren geübt hat, findet seine Erklärung in dem tiefen Aberglauben Nikolais II. und seiner Gattin. Die Gräfin Rasputina, eine Hofdame der Zarin, weiß darüber allerlei zu erzählen. Eine ganze Anzahl von Wunderkürern, Heilern und Magiern trieben am Jarenhof ihr Wesen, unter ihnen ein Franzose namens Landard, der in seiner Eigenschaft als Hofmagier das schöne Jahresloos von 200.000 Goldrubeln bezog. Landard lehrte Nikolais die Kunst, die Geister, von denen es im Jarenhof nur so wimmelte, zu zogen. Er riet ihm, auf die Geister nur selbständig und tapfer mit dem Sabel loszugehen, dann müßten Geister und Verlichter das Weite suchen. Eines Tages sagte Nikolais der Gräfin Rasputina: „Ich plane fest an die Magie und an die Geister, denn ich habe selbst eines gesehen.“ Eines Tages hörte ich ein Geräusch im Nebenzimmer, und da ich wahrte, daß niemand darin sein konnte, ließ ich den Wachtposten kommen, der mir mit aufgepfanzten Bajonetten vorangehen mußte. Mitten in dem Zimmer sah ich einen Katastroph und mein verstorbenen Vater lag darauf. Ein elchhofter Gestalt erfüllte die Luft. Mein Blut erstarrte, ich war wie versteinert. Die Schwitzwäsche, die ich ein Beinmann, hielt das Gewehr heiß. Ich heulte: „Zieh doch!“ Der Soldat gehobte, aber schon verstand die Erscheinung und der Soldat sank, wie vom Blitz getroffen, nieder.“ (Es war jedenfalls schon von dem toten Jaren, daß er nicht an dem Zohr, der auf ihn schickte, sondern an dessen willenlosem Werkzeug nahe nahm. Es sind eben selbst die Phantastien eines kranken Jarenhirnes monarchistisch.) Die Zarin war ebenso abergläubisch wie ihr Gatte. Natürlich sorgten die Hofkammerer dafür, daß von Zeit zu Zeit Geister erschienen, die die Unentbehrlichkeit der Geisterbeschwörer bewiesen. Und die politischen Troststicker verstanden es, sich der Zarin und der Geister zu ihren Zwecken zu bedienen.

Berlin Wachstum. Die Bevölkerung der Reichshauptstadt hat im Jahre 1926 um rund 50.000 zugenommen. Die Zunahme im Jänner betrug 3900 Personen. Damit stieg die Einwohnerzahl Berlins auf 4.143.400. Nimmt Berlin weiterhin in diesem Tempo zu, wird es etwa 1917 5 Millionen Einwohner zählen.

Unterschlungen bei einer Züricher Bank. Der 58jährige Bankoffizier Oskar Kehler hat bei einer Züricher Bank 560.000 Schweizer Franken unterschlagen und damit die Flucht ergriffen. Die Polizei hat einen Steckbrief erlassen, doch fehlt noch jede Spur von dem Missetäter.

Kanibalisierung. Wie „Daily Herald“ aus Buenos Aires meldet, wurden drei Männer in der Gemeinde San Juan wegen Kanibalisierung verhaftet. Da ihnen aus ihrem Marsch in den Anden die Vorräte ausgegangen waren, hatten sie ihren Mitreisenden getötet und sich von ihrem Leichnam genährt.

Eine Feuerbrunst. Die Stadt Bukarest in Rumänien steht in Flammen. 150 Häuser sollen bereits verbrannt, 100 andere Häuser verloren sein. Auch die Tuchfabrik, die in der Nähe von Bukarest liegt und die größte Rumänens ist, ist von den Flammen gefährdet. Enorme Werte sind zerstört. Hunderte Familien liegen auf der Straße. Die Panik ist unbeschreiblich.

Recherungen des Mississippi. Das ganze Stromgebiet des Mississippi weist gewaltiges Hoch-

Ein Ehrenzeugnis für die rote Gemeinde Wien.

Wahlaufsatz geistig führender Persönlichkeiten Wiens.

Angeht die wüsten Seite, die von der bürgerlichen Presse Wiens gegen die Sozialdemokratie gelehrt wird und bei der es Verleumdungen ordinarster Art geradezu regnet, berührt uns so sympathischer ein Aufsatz führender Persönlichkeiten im Geistesleben Wiens, die sich in ungewöhnlicher Weise für die Sozialdemokratie aussprechen, wobei sie vor allem das große Kulturwerk der Wiener Sozialdemokratie zu schützen empfehlen. In dem Aufsatz heißt es:

„Der geistig wirkende Mensch steht zwischen und über den Massen. Er kann sich keinem politischen Dogma beugen, denn der Geist allein ist es, der die neuen Wirklichkeiten schafft, deren die Politik erst später sich bemächtigt. Ein Augenblick aber wie dieser verlangt von uns Entscheidungen, die im geistigen Sinne getroffen werden müssen. Es ist nicht unsere Absicht, in den Kampf der Wirtschaftskonstellationen einzugreifen und zu unterfragen was das Wort zu nehmen. Nach unserer Meinung haben Staat und Gesellschaft die Pflicht, dem einzelnen Menschen das Leben zu erleichtern und nicht zu erschweren. Wir verwerten daher alle unbillige Härte obrigkeitlicher Forderungen.“

Es wäre aber ein wahres Verhängnis, wenn man im Abwehrkampf gegen Steuerlasten die große soziale und kulturelle Leistung der Wiener Stadtverwaltung übersehen. Diese große und fruchtbarste Leistung, welche die Reduzierung der Steuern, die Jugend nach den besten Prinzipien erzieht und entwickelt, den Strom der Kultur in die Tiefe leitet, diese Daten wollen gerade wir anerkennen, diese überpolitische Wert möchten gerade wir erhalten und gefördert wissen. Geist und Humanität sind ein und dasselbe. Sie allein vermögen die lauten und gierigen Gegenstände des materiellen Lebens zu mildern.

Nügen auch die ökonomischen Bewegungen und politischen Schlagworte schreiend den Vordergrund behaupten, wir werden uns nicht betäuben lassen. Wir können das Opfer des belebten Intellekts nicht bringen. Wir müssen daher dem Versuch entgegenzutreten, die Öffentlichkeit durch eine wirtschaftliche Kampfpaprole zu blenden, die aber in Wirklichkeit nur auf den Stillstand, ja auf den Rückschritt abzielt.

Wesen des Geistes ist vor allem Freiheit, die jetzt gefährdet ist und die zu schützen wir uns verpflichtet fühlen. Das Ringen um eine höhere Menschlichkeit und der Kampf gegen Trägheit und Verödung wird uns immer bereit finden.“

Unter den Persönlichkeiten, die den Aufsatz unterzeichnet haben finden wir unter anderen den Begründer der modernen Individualpsychologie, Professor Alfred Adler, den bekannten Pädagogen und Schriftsteller Wilhelm Förner, den Universitätsprofessor Bühler, den Schauspieler Karl Forest, den großen Psychologen und Begründer der analytischen Methode in der Psychologie Siegmund Freud, den Bildhauer Sanaal, den ehemaligen Stadttheaterdirektor Albert Heine, den Staatsrechtslehrer Professor Hans Kelsen, den greisen Komponisten Wilhelm Kienzl, die Witwe Gustav Mahlers, den Schriftsteller und großen Satiriker Alfred Polgar, den Dichter Franz Werfel. Neben ihnen haben bildende und darstellende Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler ihre Namen unter den Aufsatz gesetzt, der ebenso sehr der Gemeinde Wien wie den Männern, die in der allgemeinen Hochkultur der Niedertracht den Mut zu diesem Appell an das Gewissen fanden, zur Ehre gereicht.

wasser auf, das ungeheureren Schaden anrichtet. Es ist nicht nur sehr viel Aberglauben überflutet, sondern, da mehrere Leiche geborgen sind, müßten auch zahlreiche Leichen und einzelne Körperteile gerettet werden. Tausende von Menschen versuchen, die gefährdeten Dämme zu verstärken. Der Verkehr ist durch das Wasser meistweit unterbrochen. Viele Familien sind obdachlos und etwa 100 Personen sollen in den Fluten umgekommen sein.

Tod auf Sktern. Fünf Studenten der norwegischen Technischen Hochschule wurden Samstag bei einer Ekstase in den Storen in der Nähe der schwedischen Grenze von einem Schneesturm überwischt. Ein Student ist dem Sturm zum Opfer gefallen, ein anderer wird vermisst.

Grubenunglück in Belgien. In der Nacht zum Samstag sind auf einer belgischen Grube bei Mons acht Bergleute durch Schlagwetter getötet und zwölf verwundet worden.

Mehrere Vulkane in Chile, darunter der für erloschen gehaltene Chillon, haben in der letzten Zeit wieder eine starke Tätigkeit gezeigt. Es wurden ungeheurerer Schaden angerichtet. Menschenleben sind nicht zu bezagen.

Ein Grab aus der Steinzeit. Bei Cyprien (Italien) wurde dieser Tage ein altes Grab entdeckt, von Porphyranen umgeben, in dem sich ein liegendes Skelett befand, mit großen, sehr gut erhaltenen Zähnen. Leider wurden wichtige Teile sofort von Neugierigen weggetragen. Es scheint sich um ein Grab aus der Steinzeit zu handeln. In der Nähe wurden einige Gräber entdeckt, die aber noch nicht geöffnet worden sind.

Vergeblicher Bankbruch. Den Stahlschmiedern der Volksbank in Göteborg (Schweden) machten mörderische Einbrecher mit Zerstörung und Dynamit einen nächtlichen Besuch. Vier schwere Zerstörer- und Krattensbehälter mußten sie bereits während der

Dienststunden der Bank eingeschmuggelt haben. Auch konnte nachgewiesen werden, daß sie zu sämtlichen Türen der Bank Radschlüssel besaßen. Dennoch war das Unternehmen ein Fehlschlag. Zwar gelang es den Einbrechern, in die Stahltür ein Loch zu brennen und darin eine Dynamitladung zur Explosion zu bringen. Die Regel der Panzerung hielt aber stand und bewahrte eine Viertelmillion Kronen vor dem Zugriff der Diebe.

Einsturz einer Kirche. Das Hauptschiff der größten Kirche der portugiesischen Stadt Lantiga ist eingestürzt. Zahlreiche Besucher der Kirche wurden unter den Trümmern begraben. Außer etwa 30 Verletzten sind mehrere Tote zu bezagen.

Tollbringende Stürme. In Centerville (Illinois) wurde eine Schule durch einen Tornado zum Einsturz gebracht. Der Lehrer wurde getötet, 25 Schüler unter den Trümmern begraben. Alle Kinder wurden verletzt, fünf davon schwer. Zwei Kinder wurden in einer benachbarten Stadt auf der Straße durch herabfallende Ziegelsteine getötet. In Berlin wurde ein Mann getötet und mehr als ein Dutzend andere Personen verletzt. Durch die furchtbaren Wirbelstürme in Illinois, Missouri, Nebraska und Oklahoma wurden mehr als 60 Personen getötet. Verletzt wurden über 125 Personen. Die Zahl der Obdachlosen im Überflutungsgebiet des Mississippi dürfte sich auf etwa 37.000 Personen belaufen. Ein Posten, der Montag nachts die Stadt Shuach heimsuchte, forderte 15 Menschenleben als Opfer.

Bei der Entgleisung eines Güterzuges bei Hornspanne (Luzern) wurden vier Personen getötet.

Der italienische Unterrichtsminister Fedele wurde bei einem Automobilunfall ziemlich schwer verletzt.

Wahlrummel in Wien.

Alt und Jung, Rot und Schwarz, Jud und Christ stimmen in einem Punkte überein: der Wahlkampf ist heuer lustig. Ob sie dieses Urteil nun zum Ausdruck bringen, indem sie von den geistigen Anregungen des Wettstreites sprechen, oder ob sie einfach sagen: „es is a Woadsöb“ — die Meinung ist dieselbe. Und da der Wiener auf allen Bildungsstufen eine „Doh“ zu schätzen weiß, so ist die Befriedigung — vorläufig wenigstens — allgemein. Ein paar Tage lang hat das große Interesse dem „Marek-Prozess“ gehört. Aber man lebt jetzt doch auch bei uns schon ein bißchen schneller als ehedem und das abgekochte Bein samt Begleitscheinungen ist abgetan und alle Aufmerksamkeit gehört dem Wahlkampf.

Dabei hat man alle Reibungen und Verdrißlichkeiten zu vermeiden gewußt. Es werden weder Fensterhebeln eingeworfen, noch Plakate heruntergerissen. Die Christlichsozialen hätten allerdings auch ziemlich viel zu tun, wenn sie gegen die „roten“ Plakate Krieg führen wollten. Diese Plakate marschieren in gewaltigen Reihen auf und allgemein ist die Ansicht verbreitet, daß heuer die Noten „erst aufstehen“ sind und so der Gegner den besten Platz im vorhinein abgenommen haben.

Den Anfang bildeten die vielbesetzten „Manderbogen“. Kleine Bilderreihen, die den Bankstahl, die Hausherrn Wünsche, die Forderungen dem Volk verdeutlichen. Dann erschienen die großen Plakate. Die Rettung der Gewerbetreibenden durch den Krieg, durch die „Sauerziehung“, durch die Verschlebung des Staatsgutes. Sehr hübsch und tastvoll, daß der Geist-

liche, der den Banken das Geld zuschiebt, ohne Kopf dargestellt ist. Eine vielbesetzte „Bilanz“ zeigt auf der einen Seite die Leistungen der Gemeinde, Wohnbauten, Kinderkuren, Fürsorge, auf der anderen die volksfeindliche Steuerpolitik des Bundes. Auffallend viel Leser findet das neue Gemeindeprogramm, trotzdem es nichts als nüchterne Aufzählung bedeutet. Auf einem Plakat, das die „Breitner-Steuer“ illustriert, sieht man eine rote Hand dem Schieber und seiner Dame die Champagnerflasche aus dem Koffer reißen, auf dem nächsten reißt eine schwarze Hand die Mehlsäcke, dem Arbeiter das Brot vom Tisch. Ein Ubbachler, der mit Weib und Kind auf die Straße geworfen wird, mahnt: das wird Euer Loos, wenn Ihr am 21. April nicht den Mieterschutz sichert! Dieser Fülle der Argumente haben die Christlichsozialen nicht allzuviel entgegenzustellen. Vor einem glatten, zuthausartigen Rückenbau stehen drei Arbeiter und stellen fest: wir wollen keine Mietsfahnen. Die Urheber dieses Plakates waren in großer Verlegenheit, wenn sie auch nur ein einziges Gemeindefeld nennen wollten, das eine entfernte Familienähnlichkeit mit diesem Haus-Abwehler aufweist. Ausdrucksvoller ist eine Darstellung, die ein paar Leute auf einer Art Schwimmgürtel stehend zeigt. Dieser Schwimmgürtel, die Einheitsliste, bedet die Rettungsinself im Meer des Volksweltens, Kommunismus, kurz der „roten Saat“. Besonders Beach hat die sogenannte „Kreuzharke“ (lies: Hakenkreuz) verfolgt. Da erschien eines Tages ein Plakat: Volk von Wien, lese den Volkstempel! Das „Volk von Wien“ hat weiblich darüber gespottet, daß die beivusenen Sütter den deutschen Sprachgutes über die ersten Regeln der Grammatik nicht im Klaren sind, und ein Witzbold fügte der Aufforderung

hinzu: ich lies ihm eh. In vornehmer Zurückhaltung fordert die bürgerlich-demokratische Partei (ehmals, ach ehmal! nur demokratisch) ihre Anhänger zur Wahlbeteiligung auf, wahrscheinlich nach dem bewährten Grundsatz: „Auf's nix, so schad's nix.“ dasselbe denken vernünftig auch die Kommunisten, die an jeden Laternenpfahl in „guter Position“ einen winzigen grünen Zettel mit einem zwar gut gemeinten, aber herzlich schlecht geratenen Gedicht kleben.

In der Mut der Wahlpflichte ertrinken die Geschäftsanzeigen. Kein Mensch interessiert sich augenblicklich für die „führende Weltmarke“ in Rafferklingen oder für die Frühjahrsoffizienten, mögen sie auch noch so „sensationell“ sein. Die Geschäftskente haben überhaupt einen schmerzlichen Stand und Konditionen, Parfümerien, Papierhandlungen, die Jahr aus Jahr ein ihre „Österauslage“ in Rot ausgestaffierten, sehen sich genötigt, heuer zu einem blassen Visa zu greifen, damit man nicht glaubt, sie wollten einer politischen Meinung Ausdruck geben. Der „Greiseler“, der Fleischhauer, der Gemüschändler getrunen sich nicht mehr, im Laden eine Zeitung zu lesen, und der Preleur unterhält die allteifen Jahrgänge seiner Kundenschaft vom Fußballmatch. Weil man befaulich „nie wissen kann“.

Wenn der Abend kommt, dann klettern die Lichtreklamen über die Dächer und Schreien: wählet sozialdemokratisch! Auch da gab's einen großen Spaß, als sich herausstellte, daß auch vom Dach eines geistlichen Stiles, das sich zwar nicht dem Teufel, wohl aber einer Reklame-Gesellschaft verschrieben hatte, derselbe Wahnruf ertönte.

Außer der strahlenden Reklame bringt aber der Abend noch sonst manches Vergnügen: Umzüge, Musik, Versammlungen und vor allem das Freifestino. Wenn man, auf dem Platz beim

Rathmarkt stehend, die Bilder vorüberrollen läßt, die den Aufstieg Wiens von der „Kaiserstadt zur Volkstadt“ zeigen, überkommt auch der ärgsten Köpfer das stolze Gefühl, dem Erwachen einer neuen Zeit beizuwohnen. Als Wahlpropaganda betrachtet, ist das Freifestino „echt amerikanisch“. Aber hier ist dieser Amerikanismus mit gutem Wienertum erfüllt. Und mit ungeheuerstem, mit unvorstellbarem Vergnügen sehen die Wiener die Bilder des neuen Wien vorüberziehen. Da hört man immer wieder von ausgepöhten „Schwarzgen“ das Urteil: „Na ja, das versteht's schon, die Sozi, das muß ihnen der Reid lassen“. Dieses Lob ist aber bei dem einen oder andern doch der erste Schatten des Nachdenkens und Vergleichens. Natürlich wird dieses Nachdenken noch von manchem freiwilligen oder unfreiwilligen Helfer vertieft. Denn es wird allüberall politisiert — in der Straßenbahn, im Cafe, beim Einkauf, im Park. Wildfremde Menschen halten einander an den Rockknöpfen gepackt und fragen: „Na alsdann, was glauben denn Sie“. Hausgehilfen fragen von einem Küchenfenster zum andern: „Gehst du auch wählen?“, die Hausfrauen verschüchtern, während sie beim Fleischer warten: mein Mann hat gesagt, man kann nur die eine Partei wählen, die friedlichsten Landpartien enden in Streit und Eder.

Eine Montagzeitung, die ein Preisausgeschrieben über das Stimmenverhältnis ausgeschrieben hat, erhält Waschföbe voll mit Zuschreibern; die Briefträger schühen unter der Last der Wahl-drucknoten und ganz Wien befeelt eine einzige Neugier: was bringt der 21. April?

Volkswirtschaft.

Der Steinbrucharbeiterstreik in Domstadt.

ist mit vollem Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Nach 11-tägigem Kampfe mußte der vertragsbrüchige Unternehmer, Ing. Bernard Zychrava aus Olmütz, die Waffen strecken und sich ergeben. Bedingungslos mußte er seine Verordnung, durch welche die Löhne reduziert wurden, zurückziehen und ebenso bedingungslos mußte er die beiden gemäßigtesten Vertrauensmänner wieder aufnehmen. Diese übliche Verhandlungen fanden am 15. April bei der politischen Bezirksverwaltung in Sternberg statt, denen auch der Gewerbeinspektor in Olmütz beizuhören. Der Deutsche Bauarbeiterverband war vertreten durch seinen hiesigen Kreissekretär und fünf Betriebsvertrauensmänner. Die Verhandlungen verliefen ziemlich stürmisch und drohten des öfteren zu scheitern, denn der Unternehmer versuchte immer wieder hartnäckig das an der Arbeiterschaft verbrochene Unrecht zu rechtfertigen und beizubehalten. Aber gegen Ende mußte das Unrecht dem Rechte weichen und der angreifende Herr Zychrava war geschlagen. Damit endet ein Kampfsapient, in dem die Arbeiterschaft so recht deutlich die knurrende Arbeiterfeindschaft des Unternehmers kennen gelernt hat. Herr Zychrava schwor sogar bei den Verhandlungen „ewige Feindschaft“.

Und damit die politische Bezirksverwaltung und der Gewerbeinspektor sehen, daß Herr Zychrava der ewige Arbeiterfeind bleibt, kündigte er ab 15. April 1927 vierwöchig den Lohnvertrag. Herr Zychrava wurde geschlagen, er hat die Schlacht verloren und mußte Frieden schließen. Und in demselben Moment, wo er den Frieden schloß, gibt er auch schon wieder eine neue Kriegserklärung an die ihm verhasste organisierte Arbeiterschaft heraus. Die Vertragskündigung allein ist kein gutes Recht. Aber der Zweck dieser Kündigung ist „Lohnreduzierung“. Dieser arbeiterfeindliche Akt wird dem Herrn Zychrava ebenwichtig gelingen, wie der erste, aber er beweist damit, daß sein Haß gegen die denkende Arbeiterschaft keine Grenzen kennt. In der Zeit der steigenden Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel den Mut zu haben, die ohnehin niedrigen Löhne zu reduzieren zu wollen, das kann nur der allergrößte Arbeiterfeind wollen. Die Arbeiterschaft wird die von Herrn Zychrava ausgesprochene Lohnvertragskündigung zur Zurückweisung von Lohnreduzierungen ausnutzen, denn eine allgemeine Lohnreduzierung ist dringend nötig. Herr Zychrava wurde, seitdem er den Steinbruch in Domstadt ausbeutet, zweimal im Kampfe geschlagen. Er will aber noch ein drittesmal das Tauschen wegen. Weßhalb, die Steinbrucharbeiter werden ihren Mann stellen, dessen kann Herr Zychrava versichert sein!

Abschluß von den Spalern der Gewerkschaften.
Die Ortsgruppen der Lederarbeiter und der Lebensmittelarbeiter in Olmütz, überdrüssig der Fäulnis der Gewerkschaftsreform, haben in der richtigen Ueberzeugung, daß nur eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation die Interessen der Arbeiter wahren kann, aus eigenem Antrieb den Uebertritt aus dem Allgewerkschaftsbund zu der freien Gewerkschaft vollzogen. Zämtliche Mitgliedsbücher wurden nach Beschluß der Mitgliederversammlungen dieser Gruppen im Sekretariate der freien Gewerkschaft in Olmütz zwecks Umschreibung hinterlegt. Einer von den Genossen, welcher auch gleichzeitig Obmann-Stellvertreter des kommunikativen Gewerkschaftsbezirks in Olmütz war, teilte die der Körperschaft schriftlich seine Mandatsniederlegung, den Austritt aus dem Verbande und die Beweggründe, welche ihn dazu führten, mit. Damit ist ein neuerlicher Beweis erbracht, daß die Arbeiterschaft früher oder später den Wert einer geschlossenen Organisation erkennt und das ehrliche, offene Arbeiten der freien Gewerkschaften zu würdigen verstehen lernt. Wir wünschen nur, daß bald alle Arbeiter, welcher Parteizugehörigkeit sie auch angehören mögen, die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Arbeiter in den freien Gewerkschaften erkennen mögen.

Gerichtssaal.

Er beraubt die eigene Großmutter.

Prag, 20. April. Vor dem Geschworenengerichte unter dem Vorsitz des OGM. Souček hatte sich heute der 37-jährige Schuhergeselle Anton Zyp wegen des versuchten Raubmordes an seiner eigenen Großmutter zu verantworten. Im Verlaufe des vorigen Jahres war er in der 76 Jahre alten Frau, namens Belet, gekommen und hatte sie gequält, ihn unterhand zu geben, weil er arbeitslos war. Die alte Frau ernährte den Enkel im wahren Sinne des Wortes. Am 1. März d. J. kam er wieder zu ihr, verlangte ein Nachlager, was er auch erhielt. Neben sich hatte der Schuster eine Axt gelegt. Auf die Frage seiner Großmutter, wozu er die Axt brauche, sagte er, gegen Siebe. Am 21. März in der Nacht ging er mit einem Holzschneidewerkzeuge auf die schlafende Frau los und brachte ihr eine schwere Verletzung im Gesichte bei. Wie er selbst eingestand, wollte er sich eines Geldbetrages, den die alte Frau besaß, bemächtigen. Er gab heute an, daß er 20 K gebraucht hätte. Die alte Frau hatte ein Einkommensbuch von 700 K und ein Sparvermögen von 200 K in ihrer Wohnung. Als Zeugen gegen Zyp traten heute die Großmutter, die eigene Schwester und sein neunjähriger Neffe auf. Zyp leugnete die Raubabsicht. Die Gerichtspräsidentin erklärte ihn für einen geistig höchst minderwertigen Menschen, der jedoch für seine Tat verantwortlich

Zur zweiten Deutschen Reichsgesundheitswoche am 1. bis 8. Mai 1927.

Regeln für Schwimmer!



1. Schwimmer nicht mit bloßen Füßen auf dem Boden stehen.
2. Schwimmer nicht mit bloßen Füßen auf dem Boden stehen.
3. Schwimmer nicht mit bloßen Füßen auf dem Boden stehen.
4. Schwimmer nicht mit bloßen Füßen auf dem Boden stehen.
5. Schwimmer nicht mit bloßen Füßen auf dem Boden stehen.
6. Schwimmer nicht mit bloßen Füßen auf dem Boden stehen.
7. Schwimmer nicht mit bloßen Füßen auf dem Boden stehen.

sei. Zyp macht den Eindruck eines Idioten. Sein ex-Officio-Verteidiger wies auf den besonderen Umstand hin, daß er sich vor der Straftat den kleinen neunjährigen Neffen mit ins Zimmer der Großmutter als Schlafzettel geholt hatte und daß ein Mensch, selbst wenn er schon geistig minderwertig sei, doch nicht noch einen Zeugen zu einer Raubtat holen werde. Die Geschwornen, unter denen sich eine Anzahl Frauen befand, verneinten die Frage auf verächtlichen Raubmord mit 9 Stimmen und bejahten die Frage auf Raub einstimmig. Zyp wurde daher zu vierwöchig Jahren schweren verächtlichen Kerkers verurteilt. Er nahm das Urteil gleichgültig mit einem idiotischen Lächeln entgegen.

Wieder ein freigesprochener Chauffeur.

Prag, 20. April. Vor dem Dreirichterrichter unter dem Vorsitz des OGM. Sukora stand heute der 17 Jahre alte Wenzel Balat, beschäftigt in einer Prager Autowerkstätte, wegen Mischhand der fahrlässigen Tötung eines Menschen unter Anklage. Der Hauptschuldtragende, der Chauffeur Edward Motil, ist gestorben und konnte von der Staatsanwaltschaft nicht ausfindig gemacht werden. Wie man sich erzählt, soll er sich in Polen aufhalten. Dieser Ehrenmann also war mit dem Angeklagten im Juli d. J. auf der Straße von Böhmisch-Prag nach Uval gefahren, wobei der Chauffeur Motil seinem Mischfahrer, dem heutigen Angeklagten, die Leitung des Autos überlassen hatte. Balat ist ungeprüft und wollte, wie er erzählte, erst die Chauffeurprüfung ablegen. Dabei hatten die beiden Automobile ein kleines Rollen: sie überfuhren den 69 Jahre alten Jan Dusek, schleiften ihn 15 Meter weit mit dem Auto, und dies hatte zur Folge, daß der Arme im Krankenhaus kurz danach an seinen Verletzungen verschied. Balat redete sich aus, daß er vorschriftsmäßig das Suspensional gegeben hätte. Der Senat sollte einen Freispruch mit der Begründung, daß der eigentliche Schuldige Motil sei, der aber erstob. — Hierzu bemerken wir: Die Zahl der fahrlässigen Autounfälle nimmt in erschreckender Weise überhand. Wir kennen leider die Handhabung der Autounfälle bei Gerichte und müssen konstatieren, daß die Urteile viel zu milde sind. Wir sind dafür, daß gegen den Willen der Autofahrer endlich einmal die rigorossten Urteile gefällt werden, damit dies den Autofahrern eine Warnung sei. Nicht selten sieht man und erlebt man, daß es den übermütigen Autofahrern geradezu Spieß macht, wenn sie die Passanten ängstlich über die Straße laufen sehen und daß das Zeichen viel zu spät gegeben wird. Ist es schon nicht möglich im Inneren der Großstadt mit Rücksicht auf die Fußgänger ein Verbot jeder Autofahrt zu erzielen, so verlangen wir, daß endlich durch die allerstrengsten Bestrafungen den Autofahrern die Lust vergeht, Menschenleben zu gefährden.

Das bestohlene rote Kreuz.

Prag, 16. April. Wenzel Friedländer war Kassier beim roten Kreuz in der Zwickaustraße in Ru'le. Als man eine Revision der Kassa gelegentlich eines Anlaufes vornahm, konstatierte man ein Defizit von K 8734.— Der wackere Kassier hatte sich wegen Veruntreuung vor dem Dreirichterrichter unter dem Vorsitz des OGM. Hloušek zu verantworten. Er war schuldig. Das Gericht maß ihm vier Monate schweren Kerkers unbedingt zu.

Prager Kurse am 20. April.

	Geld	Ware
100 holländische Gulden	1840.—	1355.—
100 Reichsmark	708.12 1/2	802.12 1/2
100 Belgas	467.75	470.75
100 Schweizer Franks	648.75	651.75
1 Pfund Sterling	103.45	104.67
100 Lire	170.85	172.20
1 Dollar	33.61 1/2	33.91 1/2
100 französische Franks	132.—	133.25
100 Dinar	59.23	59.73
100 Pengos	580.—	592.—
100 polnische Zloty	877.50	883.50
100 Schilling	474.—	477.—

Der Film.

Ripling im Film. Der englische Schriftsteller Ripling hat seine Zustimmung gegeben, daß sein Buch „Bud of Boobs Hill“ von einer englischen Gesellschaft verfilmt wird.

Ul Dagover. Die kürzlich aus Amerika nach Berlin zurückgekehrt ist, wurde vom Reichardt-Konzern verpflichtet und kehrt somit zur Sprechbühne zurück.

Der russische Film „Potemkin“ läuft zurzeit im Universal-Verleih in zahlreichen Städten Amerikas.

Runkt und Wissen.

Spielplan des Neuen Theaters. Donnerstag, 7 Uhr (Serienprung 136-4): „Evangelimann“. — Freitag, 7 Uhr (136-3): „Diktator“. — Samstag, 7 Uhr (137-1): „Wiener Blut“. — Sonntag, 11 Uhr: Stommermusik; 6 Uhr (138-2): „Wassilja“. — Montag, 7 Uhr (139-3): „Orlow“.

Spielplan der Kleine Bühne. Donnerstag: Bankbeamten; „Trigic“. — Freitag: „Mit Chokolade“. — Samstag, Premiere: „Der gefällige Thierly“. — Sonntag, 3 Uhr: „Garten Eden“; halb 8 Uhr: „Der gefällige Thierly“. — Montag, Bankbeamten; „Diktator“.

Turnen und Sport.

Deutscher Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag. Mitglieder, Achtung! Heute Donnerstag wird im gewohnten Lokal der reguläre Turnbetrieb wieder aufgenommen. Die Vereinsleitung.

Deutschland — Oesterreich 3:1 (0:1).

Die Arbeiterhandballer schlagen die Oesterreicher 4:2. — Die Deutschen auch in den Staffeln siegreich.

Das Treffen endete mit einem verdienten Siege der Deutschen, die ihren guten Ruf vollaus rechtfertigten. Die Mannschaft bot eine durchwegs einheitliche Leistung und wies keinen schwachen Punkt auf. Leider wurde ihr Tormann Uhligh bei einem an sich harmlosen Zusammenstoß verortig verletzt, daß er sofort ins Spital übergeführt werden mußte. Die beiden Verteidiger verfügten über einen raumgreifenden, sicheren Stoß, verständliches Tackling und sind schwer aus der Ruhe zu bringen. Ihre Hauptwaffe aber hatten die Gäste in den Läufern. Das Forward leistete tüchtige, wenn auch keine sonderlich ideenreiche Durchschmittarbeit.

Die Oesterreicher, bei den Gogony ein beachtend unsicherer Tormann war, hatten in Heikenwälder und Holler lange Zeit ein nicht zu überwindendes Bollwerk. Erst das Zurückfallen der Halbs brachte es mit sich, daß die Verteidigung ins Wanken geriet und damit war das Unglück schon geschehen. Der Angriff, der sich aus lauter „Kanonen“ zusammensetzte, hatte mit dem Ausschneiden Walters jeden Zug auf das Tor verloren. Die besten Torgelegenheiten wurden auf sinnloseste Art vernebelt.

Spielverlauf:

Die Oesterreicher haben Abstoß, doch bemächtigen sich die Gäste sofort des Feldes und belagern eine Bierkellerei lang das Tor der Oesterreicher. Richter verortigt in aussichtsreicher Stellung, Vistopads ungenauem Zuspiel rufen größte Verwirrung hervor. Gogony feigert die Nervosität durch leichtsinnige, unbegründete Ausstöße. Oesterreich besetzt sich endlich und gewinnt nun Terrain. Ein Durchbruch Walters findet aber bei Uhligh ein frühes Ende. Auch Richter ist nicht glücklicher, sein Drehschuß landet in den Händen des auf dem Boden liegenden Tormannes. In der 24. Minute läuft Kopschly durch,

keinen Fernschuß verfehlt: Dorn und Walter drückt ein. Oesterreich führt: 1:0. Walter geht allein durch, Uhligh stürzt sich ihm entgegen, beide verlegen sich und scheiden aus. Bis zur Pause offenes Spiel. Nach Seitenwechsel sind die Gäste ständig leicht überlegen. Die deutsche Halbsreihe rückt immer mehr auf und versorgt mit vorbildlichem Zuspiel den Sturm. Lindner legt in der 15. Minute Schenkbrenner das Leder vor und dieser hebt es über den stürzenden Gogony unter stürmischen Beifall der Zuschauer ins Netz. Deutschland hat ausgeglichen. Oesterreichs Sturm besinnen sich jetzt ihrer Aufgabe und legen heftig los, doch gelangen die Angriffe selten weiter als bis zu den gegnerischen Verteidigern. Eine schöne Kombination Grünner-Richter schließt legerer mit schönem Schrägschuß ab, der, für Gogony unbehaltbar, im Tor landet. 2:1 für Deutschland. Die Deutschen ziehen nun erst recht darauf los und es gelingt ihnen auch, in der 42. Minute durch Grünner unter Mitwirkung Gogony's das dritte Tor zu erzielen. Damit ist das Schicksal der Oesterreicher besiegelt. Endverhältnis 2:2 — Schiedsrichter Hänggi (Basel) ausgezeichnet.

Arbeiterhandballteam geg. Oesterreich 4:2 (2:0).
Der Oesterreichische Arbeiterhandballverband, der in letzter Zeit einen mächtigen Aufschwung genommen hat und heute über eine ansehnliche Zahl von spielstarken Vereinen verfügt, konnte Montag vor dem Länderspiel einen sehr schönen Erfolg verzeichnen. In einem prachtvollen Spiel gelang es dem Verbandsteam, an seinem vorjährigen Besieger Nevranc zu nehmen. Die Mannschaft war diesmal vorzüglich zusammengestellt. Dafür wartete der Turnbundesmeister Oesterreich mit einer argen Enttäuschung auf. All die bekannten Vorzüge, wie Schnelligkeit, Schuß und Technik, vermiedte man diesmal. Die Mannschaft wurde außerdem von einem unglaublichen Schußpech verfolgt.

Die Staffeltwettläufe. Die Wiener mußten sich auch in den Staffeltwettläufen, die vor dem Länderkampf durchgeführt wurden, dem überlegenen Können der Deutschen beugen. Es waren laut bejubelte Siege, die die deutsche Staffel — Wagner (Leipzig), Wells (Magdeburg), Jyrcole (Bremen) und Feld (Berlin) — in glänzendem Stile errang. Die Ergebnisse der einzelnen Staffelläufe waren: 3x100 Meter: 1. Schwimmverein 8:22; 2. Wiener Arbeiterturnverein 8:27; 3. Sturm 14 8:34.6. — 4x100 Meter für Frauen: 1. W.M. 1:56.6; 2. W. M. II 56.8; 3. Schwimmverein 56.9. — Schwedenstaffel: 1. Deutschland 2:07.7; 2. W.M. 2:15; 3. Schwimmverein 2:15.2. — 4x100 Meter für Männer: 1. Deutschland 45.8; 2. W.M. 48.5; 3. Schwimmverein. — Olympische Staffel: 1. Deutschland 3:45.5; 2. W.M. 3:57; 3. Dorelan 3:58.2.

Wien gegen Chemnitz 6:0 (4:0). Das Sonntag in Chemnitz abgehaltene Treffen litt sehr unter der ungenügenden Witterung. Die Wiener Mannschaft erstufte die auf sie gesetzte Hoffnung. Sie führte das typische Nachspiel vor, zeigte sich auch im Stellungsspiel und Kopfspiel der Chemnitzer Elf weit überlegen und spielte trotz der körperlichen Ueberlegenheit stets fair. Die Chemnitzer Städteelf verlor in diesem Spiele bis auf zwei Spieler, und zwar den Erststürmer und den linken Läufer. Die Mannschaft kam während der ganzen Spielzeit nicht in Schwung.

Wien gegen Dresden 3:1. Das am Samstag in Dresden ausgetragene Städtepiel brachte sehr guten Sport und sah die Wiener als verdiente Sieger.

Weitere Städtespiele. Leipzig: Halle gegen Leipzig-B 4:3 (2:1); Leipzig gegen Berlin 6:0 (1:0).

Weitere Resultate. Dresden: D.M. 15 gegen Gleichheit Ludowig 3:1. Die Gäste machten einen ermüdenden Eindruck. Sie konnten sich mit dem schlüpfrigen Boden nicht abfinden. Bis zur Pause offenes Spiel. Nach der Halbzeit suchte Ludowig durch Unfairnis zu Erfolgen zu kommen. Graupal gegen Hedwing Dux 6:0. Hedwing erntete sehr. D.M. gegen Volkshappell 6:2. Schöner Erfolg des Bundesmeisters, trotzdem er mit vier Ersatzleuten antrat. — Chemnitz: Rapid gegen Trupschil (Böhmen) 6:1. — Stettin: Rennweg-Wien gegen Stettiner Arbeiterelf 5:2. — Ludenwalde: Rennweg-Wien gegen Ludenwalder Elf 4:2. — Aroshowy: M. Gaben gegen Aroshowy 1:7 (Samstag). — Weislich: M. Gaben gegen Gleichheit 0:5 (0:1), Sonntag. Die Gäste aus dem Reich entschuldigen gewaltig.

Volkslieder

für Heim und Wanderung

Im Auftrage der Zentralstelle für die arbeitende Jugend herausgegeben von Hermann Böse **K 430**

Auch für Lautendörflerturn mit Porto K 5.— 280 Seiten stark.

Volksbuchhandlung

Kremsler & Co.

Tepitz-Schönau

Theresienstr. 18-20.

Hühneraugen

Hornhaut besetzt in einigen Tagen nur

VITEK'S

„Anticoräein“

Eine Flasche K 6.— Zu haben in Apotheken u. Drogerien. Allein echt von

Fr. Vitek & Co., Prag II.

Vodickova 33.

Herausgeber Dr. Ludwig Ezech
Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag.
Für den Druck verantwortlich: D. Solit.